

Politische Berichte

Zeitschrift für sozialistische Politik



- **CSU-Parteitag: Personenwechsel, Generationswechsel, Paradigmenwechsel – Seite 4**
- **DIE LINKE.Hamburg: Ein großer Schritt nach vorn! – Seite 6**
- **3000 Menschen gegen geplantes NPD-Schulungszentrum in Melle – Seite 12**
- **Rechtswidriger Einsatz von 1-Euro-Kräften im Würzburger Bürgerspital – Seite 17**

Ausgabe Nr. 20 am 5. Oktober 2007, Preis 1,80 €

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften.



Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHIEN VIERZEHNTÄGLICH

Herausgegeben vom: Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider (verantwortlich), GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43188820, Fax: 040 / 43188821. E-mail: gnn-hamburg@freenet.de - Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 624701, Fax: 0711 / 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de

Diskussion / Dokumentation: Rüdiger Lötzer (verantwortlich), Postfach 210112, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Alfred Küstler, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabonnement kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60 €. Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

ISL: Ohne Mindestlohn keine echte Erholung auf dem Arbeitsmarkt

Kabinet, 3.10. scc. Die Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben (ISL) äußerte sich skeptisch zu den Erfolgsmeldungen der Bundesagentur für Arbeit über zurückgehende Arbeitslosigkeit. Würden nur die Arbeitsplätze gezählt, die ohne ALG-II-Zusatzleistungen auskommen und auch keine 1-Euro-Jobs sind, wären die Zahlen weitaus schlechter, so der arbeitsmarktpolitische Sprecher der ISL. Um das Ziel lebensunterhaltssichernder Arbeitsplätze durchzusetzen, insbesondere auch für den Arbeitsmarkt besonders diskriminierte behinderte Menschen, sei einerseits die Anpassung völlig überalterter Berufsbilder im Helferbereich (Bürofachkräfte, Teileinrichter, Metallwerker etc.) und die Schaffung spezialisierter Berufsbilder notwendig. Andererseits ist auch nach Auffassung der ISL ein flächendeckender Mindestlohn unverzichtbar, da gering qualifizierte Menschen ansonsten ohne jede Aufstiegsschance blieben.

DGB und SPD für längeren ALG I-Bezug

www.dgb.de, 1.10. alk. Zu Überlegungen in der SPD, die Kürzung der Bezugsdauer beim Arbeitslosengeld I zurückzunehmen, sagte der DGB-Vorsitzende Michael Sommer am Montag in Leipzig: „Der DGB begrüßt ausdrücklich, dass die SPD endlich über eine Verlängerung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I für Ältere nachdenkt. Sie greift damit einen der zentralen Verbesserungsvorschläge der Gewerkschaften für die Agenda 2010 auf. Ich fordere SPD und Union auf, die Verlängerung des Arbeitslosengeld-I-Bezugs jetzt schnell und ohne Abstriche für andere Arbeitslose umzusetzen. Eine Verlängerung auf Kosten jüngerer Arbeitsloser, wie es zum Beispiel NRW-Ministerpräsident Jürgen Rüttgers vorgeschlagen hatte, kommt für den DGB nicht in Frage.“ Worüber aber weder SPD noch DGB sprechen: Der bis zu 32 Monate dauernde Bezug von Arbeitslosengeld für ältere Arbeitslose war für die Kapitalisten eine billige Möglichkeit, ältere Beschäftigte vorzeitig auf Kosten der Sozialversicherung abzuschließen. Ein Riegel hiergegen müsste schon sein.

Hartz IV: Wirkt Druck wirklich?

www.iab.de, 1.10. alk. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit veröffentlicht in seinem jüngsten Kurzbericht Ergebnisse einer Umfrage, die 2005 und 2006 bei einer größeren Zahl

von Betrieben durchgeführt wurde. Gefragt wurden die Unternehmen nach dem Verhalten von Stellenbewerbern. Auch die Chancen wegen niedriger Entlohnung und/oder schlechter Arbeitsbedingungen schwer besetzbare Stellen zu besetzen sollten angegeben werden. Die Ergebnisse fasst der Monatsbericht kurz so zusammen:

„Im Zeitraum 2005/2006, nach dem Beginn der Hartz-IV-Reform, berichtete jeder fünfte Betrieb über eine Zunahme von Initiativbewerbungen. Betriebe beobachteten seitdem, dass sich Bewerber häufiger als früher auch um inadäquate Arbeitsplätze bemühen: Gemessen an den Anforderungen der Stelle waren sie öfter unter- oder überqualifiziert. Etwa jeder fünfte Betrieb gab an, dass die Konzessionsbereitschaft arbeitsloser Bewerber in Hinblick auf die Lohnhöhe, die Arbeitsbedingungen und das Qualifikationsniveau der Stelle gestiegen war. Vor allem die Betriebe, die eine höhere Konzessionsbereitschaft beobachtet haben, konnten schwer besetzbare Stellen leichter besetzen. Sie haben auch häufiger neue Arbeitsplätze für gering entlohnte Tätigkeiten geschaffen. Jeder dritte Betrieb mit Neueinstellungen sieht einen Zusammenhang zwischen Änderungen im Bewerberverhalten und der Umsetzung der Hartz-IV-Reform. Die Befragungsergebnisse weisen darauf hin, dass die Reform nicht nur die Stellenbesetzungen erleichtert, sondern auch den Beschäftigungsaufbau unterstützt hat.“

Die Autoren warnen allerdings selbst vor allzu schnellen Schlussfolgerungen. So sei es in einem Konjunkturaufschwung immer leichter auch für unqualifiziertere Arbeitskräfte wieder in Beschäftigung zu kommen. Und die mahnen eine „Verfestigung der Bildungsanstrengungen und Qualifizierungsmaßnahmen“ an.

Nachträgliche Sicherungsverwahrung für Jugendliche

DVJJ, 21.9. scc. Der Bundesrat hat sich auf seiner Sitzung am 21.9. nicht auf eine gemeinsame Stellungnahme zum Gesetzentwurf der Bundesregierung zur nachträglichen Sicherungsverwahrung einigen können. Deshalb wird der Entwurf der Bundesregierung nun im Bundestag zur Abstimmung kommen. Mit diesem unsäglichen Gesetz will die Bundesregierung die nachträgliche Sicherungsverwahrung zukünftig auch für Jugendliche ermöglichen, also 14- bis 18-Jährige, die zu mehr als sieben Jahren Jugendhaft verurteilt wurden. Richter sollen die nachträgliche Sicherungsverwahrung anordnen können, wenn Gutachter am Ende der Haft zu dem Ergebnis kommen, dass weiterhin

Politische Berichte

- zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- o 4 Ausgaben für 10 € (beilegen) zum Kennenlernen
- o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)
- o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)
- o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)
- o Halb- o Jahresabo neue Länder (27,30 / 54,60 €)
- o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

Politische Berichte im Internet: www.gnn-verlage.com

schwere Gewalttaten zu erwarten seien. Einigen CDU/CSU-geführten Bundesländern ging dieser Entwurf nicht weit genug. Sie forderten die Möglichkeit nachträglicher Sicherungsverwahrung bereits nach 5 Jahren Jugendhaft. Scharf kritisiert wurde er dagegen von der Deutschen Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendrechtshilfe (DVJJ), der Sicherungsverwahrung im Jugendschafrecht grundsätzlich ablehnt und die Verbesserung der Resozialisierungsvoraussetzungen im Jugendstrafvollzug fordert.

Kulturelle Distinktion als Verarbeitungsstrategie

DJI, 1.10. scc. Viele Jugendliche mit Migrationshintergrund gehören zu den Verlierern in dieser Gesellschaft. Einige reagieren darauf mit einer kulturellen Abgrenzung, einer Betonung kultureller Unterschiede zwischen ihrer Gruppe und der Mehrheit. Eine Studie des



Deutschen Jugendinstituts (DJI) stellte nun fest, dass diese kulturelle Distinktion nicht unbedingt ein Zeichen von „Integrationsunwilligkeit“ bzw. Desintegration ist. Vielmehr belegen die Ergebnisse, dass solche Tendenzen eine Reaktion auf enttäuschte Integrationshoffnungen sind. Ein erfolgreicher Übergang von der Schule in eine Ausbildung oder einen Beruf – überdurchschnittlich viele junge Migrantinnen und Migranten haben keinen Schulabschluss, rund 40% keinen Berufsabschluss, 47% sind arbeitslos! – ist gerade für diese Gruppe immens wichtig.

Außerdem bedeutet kulturelle Distinktion ebenfalls nicht unbedingt eine Desintegration. Die Forschungsergebnisse legen den Schluss nahe, dass die Bedeutung kultureller Unterscheidungen eine Strategie der Verarbeitung ist, die Jugendliche wählen, wenn sie sich diskriminiert und ausgegrenzt fühlen. Sie hat nicht notwendigerweise einen negativen Effekt auf die weitere ausbildungsbezogene oder berufliche Integration hat, sondern wird so zu einer Ressource, mit negativen Anerkennungsbilanzen produktiv umzugehen. Weitere Informationen unter: www.dji.de.

EU-Wirtschaftskommissar Almunia will Transparenz bei außereuropäischen Staatsfonds

FTD, 29.9. hav. Sollten die Fonds etwa aus China oder mittelöstlichen Staaten sich nicht den europäischen Transparenzvorgaben unterwerfen, gebe es Ansatzzpunkte zum Einschreiten, sagte der EU-Kommissar in einem Interview der „Financial Times Deutschland“ (FTD). Bereits heute verwalteten die Staatsfonds bereits doppelt so viel Aktiva wie die Hedgefonds, sagte Almunia. „Schätzungen zufolge werden sich diese Aktiva in wenigen Jahren verfünf- oder versechsfacht haben.“ Zugleich sprach sich Almunia aber gegen eine Abschottung der europäischen Staaten gegen Fonds aus. Der Umgang mit den Fonds müsse vorsichtig sein, weil sie als Finanzierungsinstrument sehr wichtig seien. Auch die Bundesregierung will strategische Industrien in Deutschland vor dem Angriff durch Staatsfonds schützen und prüft derzeit, wie dies am besten umgesetzt werden kann. Dabei hat sie neben China auch Russland und die Ölstaaten im Blick. China hat nun einen Staatsfonds mit einem Kapital von 200 Milliarden Dollar eingerichtet. Nach Regierungsangaben sind die Währungsreserven des Landes dank des Exportbooms mittlerweile auf über 1400 Milliarden Dollar angeschwollen.

Galileo wird immer teurer

Handelsblatt, 27.9. rül. Das europäische Satelliten-Navigationssystem Galileo kommt nicht recht vom Fleck und wird vermutlich deutlich teurer als geplant. Nachdem die EU-Verkehrsminister im Sommer die Verträge mit einem ursprünglich als einziger Anbieter auftretenden Industriekonsortium unter Führung der EADS gekündigt hatten, weil das Konsortium nicht bereit war, ausreichend Garantien für die Einhaltung von Kosten und Lieferzeiten zu übernehmen, will die EU-Kommission am 2. Oktober gegen den Widerstand der Bundesregierung die Neuvergabe der Aufträge für die sogenannte „Aufbauphase“ in einem Wettbewerbsverfahren

beschließen. Das bedeutet, dass sich alle Firmen um die Aufträge der Aufbauphase neu bewerben können und der kostengünstigste Bewerber gewinnen soll. Die sog. „Aufbauphase“ umfasst den Bau und Betrieb der Bodenstationen, den Bau und Start von 26 Positionssatelliten, die alle zehn bis 15 Jahre ersetzt werden müssen, und die Systemintegration, d.h. den Echtstart des gesamten Systems, der für 2012 geplant ist. Die Kosten für diese Aufbauphase würden mindestens 4,5 Milliarden Euro betragen, heißt es nun aus der Branche. Bisher hatte die EU mit 3,4 Mrd. Euro gerechnet. Auch das zeitliche Ziel, Galileo bis 2012 zu starten, sei nicht mehr zu halten, schreibt das „Handelsblatt“. Quelle dieser Berichte ist offenbar die EADS, die ihre Felle, sprich: Aufträge, davon schwimmen sieht. Bei den Bodenstationen ist der französische Konzern Thales faktisch ohne Konkurrenz. Bei den Satelliten hatte sich EADS bisher den Auftrag ausgerechnet, muss aber nun Konkurrenz durch italienische und spanische Unternehmen und durch den französischen Konzern Alcatel-Alenia fürchten. Auch die bisher von EADS angestrebte Funktion des Generalunternehmers könnte an die ESA verloren gehen.

Steuer auf Flugbenzin geht doch

Handelsblatt, 27.9. rül. Wer erinnert sich noch an den jahrelangen Streit um die Einführung einer Steuer auf Flugbenzin? Nie könnte es so etwas als nationale Regelung geben, hieß es von der Luftfahrtbranche, aus Union, FDP usw., die Luftfahrtgesellschaften würden einfach in anderen Ländern tanken usw. usf. Und jetzt? Seit Anfang 2007 gibt es Steuern auf Flugbenzin in Großbritannien, Frankreich, Schweden – ohne dass dort oder anderswo der Luftverkehr zusammen gebrochen wäre. „Der Vorwurf, Klimakiller Nummer eins zu sein, hatte die Branche Anfang des Jahres kalt erwischt“, ergänzt das „Handelsblatt“. Jetzt führen die Flughäfen Frankfurt/Main und München ab 1.1.2008 emissionsabhängige Entgelte für Starts und Landungen ein. Deren Wirkung ist vergleichbar der Wirkung einer Steuer auf Flugbenzin. Fluggesellschaften mit alten Fliegern, die viel Kerosin verbrauchen, sollen mehr zahlen als bisher. Selbst die Lufthansa ist einverstanden. Die EU-Kommission will auch tätig werden. Ab 2011 sollen alle europäischen Fluggesellschaften in den Emissionshandel einbezogen werden, sprich: Fluggesellschaften mit emissionsarmen Flugzeugen werden dann gegenüber solchen mit emissionsstarken Flugzeugen begünstigt. Ab 2012 soll die Regelung auf alle in Europa startenden und landenden Gesellschaften ausgedehnt werden.

Zusammenstellung: alk

Personenwechsel, Generationswechsel, Paradigmenwechsel

Der Personenwechsel an der CSU-Spitze ist noch lange nicht abgeschlossen. Die Partei tritt jetzt in die Phase des Kampfes um die Kandidatenaufstellung für die Landtagswahl ein. Mit der Landtagswahl im Herbst 2008 wird dann der Generationswechsel vollzogen sein. Die Nominierung des bisherigen Innenministers Beckstein für das Amt des Ministerpräsidenten und die Wahl des derzeitigen Wirtschaftsministers Huber zum Parteivorsitzenden können als Versuch interpretiert werden, eine Phase des Übergangs zu stabilisieren. Einen solchen Zweck erfüllt auch das jetzt beschlossene neue Grundsatzprogramm, das die Handschrift des früheren Fraktionsvorsitzenden und scheidenden Landtagspräsidenten Glück trägt und von Markus Söder, dem derzeitigen Generalsekretär und Repräsentanten der „Jungen“ in der Partei, in einem wesentlichen Punkt brutal verzeichnet wurde. Mit Rückhalt vor allem aus der fränkischen CSU fügte der Parteitag ausgerechnet in das Kapitel „Die kulturelle Vielfalt ist der große Reichtum unserer gemeinsamen Welt“ ein Bekennnis zur „deutschen Kulturnation“ und zur „deutschen Leitkultur“ ein. (1) Diese Veränderung kann eine erhebliche politische Tragweite entwickeln. Sie bezieht Logik aus der strategischen Vorstellung des Kampfs der Kulturen, wobei man an etwas nationalstaatlich Organisiertes zu denken hat. Ein Dialog mit anderen Kulturen, von dem auf diese Weise geredet wird, ist nicht auf Verständigung aus, sondern ein Vorgeplänkel im Krieg. Parteipolitisch dient die Passage der Einbindung des Rechtsextremismus in die CSU. Staatspolitisch passt sie zu den Interventionskriegen der Westmächte, die alle kulturelle und menschrechtlich bemängelt werden.

Soziale Sicherheit

Für die CSU bedeutete das Wahlergebnis von 2005, das eine große Koalition erzwang, ein Trauma. In dem vorliegenden Programm sucht die Partei die Auseinandersetzung mit dem extremen Liberalismus, der unter der Maske der „Anreize“ oder des „Forderns“ Leistungsbereitschaft die Lohnabhängigen durch Konfrontation mit dem sozialen Untergang gefügig will. Diese sozialpolitische Strategie ist in der BRD nicht mehrheitsfähig. Wenn das CSU-Grundsatzprogramm feststellt, dass soziale Sicherheit eine wichtige Voraussetzung dafür sei, dass die Menschen ihr Leben eigenverantwortlich gestalten können (2), liegt eine Abkehr vor von dem

System des Drohens, Drängens und exemplarisch Untergehen-Lassens.

Es geht dabei nicht etwa nur um ein Versprechen staatlich-gesellschaftlicher Unterstützung, das billig wäre, weil es eingehalten werden kann oder auch nicht.

Es geht um eine Grundannahme zu menschlichem Verhalten in Gesellschaft und Gemeinschaft: die Person, der man eine Chance lässt oder bietet, wird sich entfalten.

Mit diesem Gedanken setzt die CSU einen Kontrapunkt zu dem auch von ihr weiterhin und unablässig geforderten Abbau des „Versorgungsstaates“. Die Kombination dieses Menschenbilds mit jener Politik ist politisch klug, weil sie eine legitime Kritik an dem Abbau sozialer Sicherungssysteme zulässt und sogar den gezielten Ausbau sozialstaatlicher Leistungen begründbar macht. Während die sozialdemokratische Floskel vom „Fördern und Fordern“, um einmal mit Schröders Worten zu sprechen, davon ausgeht, dass es unter den Leuten viele faule Säcke gibt, denen man Beine machen muss. In einem solchen Bezugsrahmen gestalten sich Beziehungen zwischen „Betreuer“ und „Klient“ tendenziell hasserfüllt (durchaus auf beiden Seiten).

Wird aber gefragt, ob die sozial bereitgestellte Sicherheit realistisch eine Perspektive eröffnet, das Leben „eigenverantwortlich“ zu gestalten, kann daraus ein vernünftiges Gespräch folgen in der Behörde und auch im politischen Raum.

Die CSU hat in diesem Punkt, der 2002 Stoiber den Wahlerfolg kostete und 2005 die Union in die große Koalition nötigte, ein Konzept entwickelt, mit dem sie in Bayern ankommen wird.

Subsidiarität

Eine weitere Modernisierung hat die CSU an dem alten Begriff der Subsidiarität gewagt.

Die klassische, im Mittelalter entstandene Lehre sieht darin ein Prinzip der göttlichen Weltordnung. So wie Gott dem Menschen Leben, Sein und Freiheit verleiht und dafür einmal Rechenschaft fordert, so sollen auch in der Gesellschaft die höher Gestellten den Untergeordneten nicht nur Aufgaben zuweisen, sondern auch die Mittel zu eigenverantwortlicher Gestaltung belassen.

In den letzten Jahrzehnten hat sich in dieser hergebrachten Logik der Zentralpunkt verlagert. Es geht inzwischen darum, dass die größere Einheit nicht an sich reißen darf, was die kleinere selbst

in eigener Regie erledigen kann. Letztlich ist die menschliche Person die „kleinste Einheit“, ihre Rechte dürfen nur dann und nur so weit geschmälert werden, wie die anstehende Aufgabe nicht anderes bewältigt werden kann. Das ist etwas anderes als die stufenweise Vollstreckung der göttlichen Weltordnung von oben nach unten.

Das Grundsatzprogramm folgt dabei Veränderungen in der sozialen Welt, vor allem in der Arbeitswelt, in der es zunehmend auf informiertes und verantwortliches Verhalten ankommt. (3)

Familie, Staat und Individuum

Auf eine antike Bestimmung der sozialen Verantwortung greift das Programm zurück, wo es feststellt, dass jeder zunächst für sich und die Seinen Verantwortung habe. Es wird in dieser Feststellung der Reiz und das politische Elend des CSU-Staates sichtbar.

Der Reiz, weil Staat und Gesellschaft im Lande Bayern eine Sphäre des privaten Lebens anerkennen, in der den Bürger sei eigener Herr ist, umgeben von Sachen, die ihm gehören, und einer Familie, die er väterlich schirmt.

Diese im 19ten Jahrhundert ausgebauten, damals schon idyllisch verzogene Darstellung der Familie stößt sich inzwischen definitiv an den veränderten Beziehungen zwischen Familie und Erwerbsleben und zwischen den Geschlechtern. Dennoch stellt genau dieses schief Bild für eine große Zahl von Menschen ein Leitbild zur Organisation ihrer sozialen Beziehungen dar.

Frau Pauli, die ihre Finger in diese Wunde legte mit dem parodistisch gemeinten Antrag einer Ehe nach dem Muster des Mietvertrags für Industriebauten, erhielt auf dem Parteitag 24 Stimmen von 1000.

Im Grundsatzprogramm ist das Kunststück gelungen, den Untergang der bürgerlichen, auf Eigentum gegründeten Familie tröstlich zu bemänteln; es wird eine Situation des Nebeneinanders von verschiedenen Beziehungen ausgemalt. (4) Bedeutsam ist daran die Verwendung des Begriffs der Partnerschaft, der umgangssprachlich schon längst die Vorstellung von der Ehe als geheiligtem, vor und von höheren Mächten geschlossenem Bund abgelöst hat.

Obwohl in den Ausführungen über die Entwicklung der Familie viel frommer Schwund steckt, können sie als Leitlinie für eine praktische so dahinwurzelnde Familienpolitik durchaus erhalten und den Beifall der Bürgerinnen und Bürger finden.

Fremd- und Selbstbestimmung

Das ist nämlich die große Stärke dieses Programms. In einer Welt, in der die materiellen und kulturellen Daseinsbedingungen weitgehend fremdbestimmt sind, sichert der CSU-Staat den Bürgern eine Sphäre zu, in der sie schalten und walten und ihre gegenseitigen Beziehungen eigenverantwortlich gestalten mögen. Wie bekannt sind die Beziehungen in diesem sozialen Raum nicht oder wenigstens nicht nur durch Erwerbsziele bestimmt. Es geht um Gemeinschaft der Geschlechter und Generationen. „Liebe“ lautet der populäre Begriff für das Band des gemeinschaftlichen gepflogenen Lebensstils, und dieses Bindemittel wird im Grundsatzprogramm ca. 16 Mal aufgerufen. Warum hat man es nötig, die soziale Wirklichkeit dermaßen zu überzucken?

Dafür gibt es zwei Gründe:

Der erste liegt in dem dramatischen Funktionsverlust der Familie, der nachdem sie im Lauf des 19. und 20. Jahrhunderts Zug um Zug die Funktion der Produktionsgenossenschaft verlor, nunmehr auch die Fähigkeit zur Erziehung der Kinder abhanden kommt. Das Reproduktionsgeschehen einer modernen Familie bietet einfach nicht genug Anregung, Abwechslung und Kontaktmöglichkeiten. Ohne öffentliche Einrichtungen geht es nicht mehr bzw. nicht gut. Dieser Funktionsverlust (und es gibt ihn noch auf vielen anderen Gebieten früher familiärer Betätigung) ist schmerhaft. Die als Quell des Selbstwertgefühls viel beschrieene „Eigenverantwortung“ wird zu was Fragwürdigem. Für moderne Politik käme es darauf an, dieses Gefühl der Enttäuschung und Fremdbestimmung politisch zu verarbeiten.

Die CSU versucht das auf eine fatal zurückgebliebene Weise: Sie empfiehlt, die Beziehungen der Person zu Gesellschaft und Staat aus dem Gefühl der Liebe zu regeln.

Das Medium der Liebe, das in der Familie die Geschlechter und Generationen verbindet, taucht als Liebe zur Heimat auf, die Land, Leute, Traditionen und Institutionen umfasst.

Das ist die falsche Antwort auf die formende Macht, die öffentliche Güter – vom Verkehrswege- und Wohnungsbau über die Einrichtungen der Erziehung, Schule und Bildung hin zu Versorgung im Alter heutzutage haben.

Wenn fast jede Regung des sozialen Lebens auf Vorleistungen der Öffentlichkeit angewiesen und durch deren strukturierende Gewalt vorgeprägt wird, dann ist es möglich, auf eine solche Übermacht mit dem Gefühl der Hingabe an das Vorgefundene zu reagieren. Das ist ein praktikabler Weg, er führt zu einer Renaissance des Traditionalismus, der zunehmende Kult um Lederhose, Dirndl und Maßkrug zeigt es, ebenso wie der Katzenjammer nach dem

Fest und die Kotzbrocken in der U-Bahn (in München wickelt sich z. Zt. das Oktoberfest ab.)

Im persönlichen Bereich stiftet die Ausprägung eines spezifischen Lebensstils, eines Familiengeschmacks, von Bräuchen und Werten Identität. Sie beansprucht gerade nicht Gültigkeit für andere, sondern fordert Toleranz und Respekt der Außenwelt.

Wird das Organisationsprinzip von Gemeinschaft in die politische Sphäre getragen, ändert es seinen Charakter ins direkte Gegenteil. Es kommt zur Intoleranz. Was als familiale Identität zusammenschließt, schließt als Staatsidentität aus.

Und genau dazu kam es dann auch bei dem Parteitag der CSU letzte Woche. Auf der symbolischen Ebene, als der oben erwähnte Münchner CSUler die SPD und die Grünen mit Ungeziefer verglich, und auf der konstruktiven, grundsätzlichen, als Markus Söder getragenen von den Nürnberger CSUler und ihrem Frontmann, dem kommenden Ministerpräsidenten Beckstein, das Banner von „Nationalkultur“ und „Leitkultur“ aufpflanzte.

Die CSU wird die anstehende Landtagswahl gewinnen und zwar eher hoch. Sie kann ihre Ohren für die berechtigten Klagen aus der Bevölkerung öffnen. Sie hat sich die ideologischen Freiräume im eigenen Anhang verschafft und kann nun neuen sozialen Bedürfnissen durch staatliche Einrichtungen entgegenkommen.

Gestaltungsrechte

Die CSU ist mit ihrem neuen Programm in zwei wichtigen Punkten angreifbar geworden. Die prinzipielle Verweisung der Bürgerinnen und Bürger auf die private Sphäre führt dazu, dass die Partei und der Staat für Gestaltungsansprüche aus der Zivilgesellschaft herautaufen und blind werden. Obwohl im Einzelnen vielleicht ganz gut geplant wird, kommt es immer mehr dazu, dass Einrichtungen, die der gesellschaftliche Wandel erfordert, den Bürgerinnen und Bürgern vorgesetzt werden und Widerstand auslösen. Ein gutes Beispiel dafür ist die Transrapidplanung für München, ein anderes der Flughafenausbau.

In den anstehenden Kommunal- und Landtagswahlen werden die Parteien der Opposition Punkte machen, die erkennen, dass die moderne soziale Welt Mitwirkungs- und Gestaltungsrechte der Bürgerinnen und Bürger fordert.

Ein für die Zukunft des Landes entscheidende Auseinandersetzung wird die Aufklärung der Gefahren sein, die mit der Werbung für „Leitkultur“ und „Nationalkultur“ verbunden ist. Die CSU glaubt möglicherweise, in den kommenden Jahren nach der Devise von Franz Josef Strauß verfahren zu sollen, nach der es darauf ankam, die Kräfte rechts außen in die CSU einzubinden.

Damals waren die alten Nazis eine auslaufende Sorte. Dem heutigen, neu begründeten Nationalsozialismus wird durch das Entgegenkommen der CSU gesellschaftlich und vielleicht sogar politisch Tür und Tor geöffnet.

Martin Fochler

(1) Die CSU bekennst sich zur deutschen Kultur-nation. Ihre Sprache, Geschichte, Traditionen und die christlich-abendländischen Werte bilden die deutsche Leitkultur. Das Verständnis unserer eigenen kulturellen Identität ist nicht zuletzt für den Dialog mit anderen Kulturen eine Grundvoraussetzung. Wir vertreten überall mit Nachdruck die für uns verbindlichen Werte, wie die Einhaltung der Menschenrechte, das Bekenntnis zum Rechtsstaat, das Eintreten für die freiheitlich-demokratische Grundordnung und die Gleichberechtigung von Mann und Frau.

(2) (S. 10) Der deutsche Sozialstaat ist für die CSU eine tragende Säule unserer Gesellschaftsordnung, um auch in Zukunft existentielle Not und Armut zu verhindern. Christliche Nächstenliebe verpflichtet zur Gestaltung sozialer Sicherheit und zu Solidarität. Soziale Sicherheit ist eine wichtige Voraussetzung dafür, dass die Menschen ihr Leben eigenverantwortlich entfalten können.

(3) Seite 25 folgende: Vorrang für Eigenverantwortung und die kleinere Einheit. Ausgangspunkt des politischen Denkens und Handelns der Christlich-Sozialen Union ist nicht der Staat oder die Wirtschaft, sondern der Mensch. Wir setzen auf Entfaltung und Solidarität des Einzelnen, auf Entscheidungs- und Gestaltungsfreiheit. Andere Parteien legen mehr Wert auf staatliches Handeln und staatliches Regeln. Wir dagegen fördern die persönliche Tatkraft und die individuellen Talente. Politische Leitlinie der CSU ist deshalb die konsequente Anwendung des Subsidiaritätsprinzips. Subsidiarität bedeutet: Vorrang der Eigenverantwortung. Jeder ist zunächst für sich und die Seinen verantwortlich.

Die größere Einheit darf keine Aufgaben und Kompetenzen übernehmen, die auch die kleinere wahrnehmen kann. Daraus ergibt sich die Aufgabenverteilung zwischen Bürger und Staat. Was der Einzelne selbst leisten kann, darf er nicht auf die Gemeinschaft abwälzen.

Subsidiarität fördert und fordert den aktiven, eigenverantwortlichen und selbstbewussten Staatsbürger. Nicht auf die Fürsorge des Staates hoffen, sondern sein Leben, so gut es jeder vermag, selbst gestalten und absichern – nur mit diesem Bürgergeist schaffen wir ausreichend soziale Leistungskraft für diejenigen, die sich wirklich nicht selbst helfen können. Mit mehr Selbstverantwortung fühlt sich der Einzelne nicht als passives Opfer des Wandels, sondern ist aktiver Mitgestalter des Fortschritts. Wir handeln für die Freiheit und Verantwortung des Bürgers. Wir geben der bürgerschaftlichen Initiative Vorrang vor staatlicher Intervention. Der Staat soll private Initiativen fördern und dafür Freiraum schaffen. Subsidiarität ist der Generalschlüssel zur Revitalisierung unseres Landes ...

(4) S. 48: In der Familie suchen und finden Menschen Liebe, Geborgenheit und gegenseitige Hilfe. Familie und Kinder bedeuten Freude, Glück und Zusammenhalt. In der Familie werden die Grundwerte unserer Gesellschaft von Generation zu Generation weitergegeben. Die Familie hat vielfältige Gesichter, Partner, Eltern, Kinder, Kindeskinder, Geschwister, Großeltern, betreuende und betreute Angehörige. Selbst wenn sie räumlich getrennt sind, halten Familien zusammen und übernehmen gegenseitige Verantwortung und Fürsorge.

Ein großer Schritt nach vorne!

DIE LINKE. Hamburg hat in ihrer Vorbereitung auf den Wahlkampf für die Bürgerschaftswahl im Februar 2008 mit einem arbeitsintensiven Parteitag einen großen Schritt nach vorne getan. Bei dieser positiven Bewertung stützen wir uns nicht nur auf das Urteil vieler TeilnehmerInnen, sondern auch auf eine entsprechende Bewertung durch Journalisten.

So war beispielsweise im „Berliner Tagesspiegel“ zu lesen:

„Die Linkspartei sieht sich nach der Bürgerschaftswahl im Februar 2008 fest als vierte Kraft neben CDU, SPD und GAL im künftigen Hamburger Parlament. (...) Die Genossen, in Hamburg in den Jahren zuvor als PDS ... zerstritten, ... zeigten sich auf ihrem zweitägigen Landesparteitag ungewöhnlich geschlossen. Einstimmig verabschiedeten sie das Wahlprogramm, das einen Oppositionskurs vorgibt. Geht es entsprechend den Mehrheiten darum, im nächsten Jahr einen anderen Bürgermeister als Ole von Beust (CDU) zu wählen, dann würde die Linke nur zur Verfügung stehen, wenn politisch ein Einstieg „in eine andere Entwicklungsrichtung unwiderruflich zugesichert wird“. Eine Tolerierung eines Minderheitenseates soll es allenfalls in Einzelfragen geben.“

In der Tat ist mit dem Sofort- und dem Wahlprogramm eine umfassende Be standsaufnahme der meisten politischen Probleme und Politikfelder in Hamburg gelungen. In den Medien ist unsere inhaltliche Ausrichtung angekommen: gegen Sozialabbau, vor allem die Bekämpfung der Ein-Euro-Jobs und der Armut, gegen Privatisierung und Studiengebühren. Die LINKE fordert eine „Schule für alle“ und eine umfassenden Demokratisierung, vor allem die Verankerung der Verbindlichkeit von Volksentscheiden.

Unterstützt durch die Referate des Sprechers von „Mehr Demokratie“, Hackmack, und unseres Bundesvorsitzenden Lafontaine hat die DIE LINKE.Hamburg ein klares inhaltliches Profil für die politische Auseinandersetzung entwickelt. Selbstverständlich erfolgte diese Verständigung auf eine gemeinsame Bewertung von gesellschaftlichen Problemen und möglichen kurz- wie längerfristigen Alternativen in einem teils kontroversen, debattenreichen Prozess. Unstrittig ist auch, dass wir noch einiges weiterentwickeln und präzisieren müssen. Zur politischen Kultur der LINKEN gehört der Respekt vor unterschiedlichen Auffassungen und Sichtweisen. Auf dem Parteitag wurde mit dem Sofort- und Wahlprogramm ein politischer Rahmen abge-



Auf dem Foto sechs der ersten sieben (von insgesamt 21) Kandidatinnen und Kandidaten der Landesliste für die Hamburger Bürgerschaft, v.l.n.r.: Christiane Schneider, 59, Verlagsangestellte (3), Joachim Bischoff, 63, Ökonom und Lektor (2), Mehmet Yıldız, 29, Elektriker; DIDF (6), Zaman Masudi, 60, Lehrerin und Psychologin (7), Wolfgang Joitze, 57, erwerbslos (4), Dora Heyenn, 58, Lehrerin (1). Platz 5 erreichte Kersten Artus, Journalistin und Konzernbetriebsratsvorsitzende, Platz 8 Norbert Hackbusch, vormals Regenbogen. Bei einem Ergebnis von 5% würde die LINKE.Hamburg sechs Sitze erreichen, beim derzeitigen Umfrageergebnis von 7% acht Sitze.

steckt, den wir in den anstehenden politischen Auseinandersetzungen weiterentwickeln und mit anderen oppositionellen Kräften und Bewegungen konkretisieren wollen.

Wir werden bis zum 14. Oktober entschieden für ein „JA“ zum Volksentscheid kämpfen. Diese Kampagne ist auch ein Zwischenschritt auf dem Weg zu einem Politikwechsel in Hamburg und auf Bundesebene bei den Bundestagswahlen 2009. Wir wollen die Politik der sozialen Spaltung und der beständigen Missachtung von demokratischen Regeln durch die CDU beenden. Illusionslos registrieren wir die politische Halbherzigkeit und Konzeptionslosigkeit der gegenwärtigen rot-grünen Opposition. Es gibt in Hamburg die Möglichkeit, durch Wahl und politische Unterstützung für die Linke zu einer nachhaltigen politischen Veränderung beizutragen.

Auch bei Aufstellung der Landesliste wurden aus unserer Sicht die verschiedenen Tendenzen unserer pluralistischen Partei berücksichtigt. Wie bei der Entscheidung über das inhaltliche Profil kann die Benennung der KandidatInnen nur als Resultat unterschiedlicher Bewertungen und Gewichtungen zustande kommen. Auf dem Parteitag ist kritisiert worden, dass der Landesvorstand nicht mit einem personellen Vorschlag in das Normierungsverfahren gegangen ist. Für eine pluralistische Partei mit vielen Strömungen und Positionen ist ein solcher Vorschlag kein praktikables Verfahren. Der Parteitag hat sich für ein durchgängig nach Frauen und Männern quötierte Landesliste entschieden und auf Platz Eins – anders als in anderen Landesverbänden der

Linken – eine Frau nominiert. Aus unserer Sicht ist bei den besonders wichtigen ersten acht Plätzen auch der pluralistische Charakter der Partei respektiert worden. Bei einem erfolgreichen Wahlausgang ist somit gewährleistet, dass DIE LINKE. Hamburg mit einem kompetenten Team unser zentrales Anliegen eines grundlegenden Politikwechsels über die Bürgerschaft voran bringen kann.

Der geschäftsführende Vorstand möchte auch auf diesem Wege allen Arbeitsgruppen, Strömungen, Plattformen und den vielen engagierten Mitgliedern für ihren Einsatz danken. Die Anstrengungen haben sich gelohnt. Der Hamburger Souverän, die Wahlbevölkerung, ist durch die Medien darüber unterrichtet, dass es eine Wahlalternative zu den herkömmlichen Parteien gibt: mit Alternativen zur sozialen Spaltung, der Privatisierung von öffentlichen Unternehmen, dem alten sozial ausgrenzenden Schulsystem und der Entdemokratisierung in vielen Lebensbereichen. Es liegen noch viele Aufgaben vor uns bis zum Wahltag am 24. Februar 2008. Der Parteitag hat uns dafür neuen Schwung gegeben.

2. Oktober 2007, Der geschäftsführende Vorstand: Renate Hercher-Reis, Zaman Masudi, Christiane Schneider, Berno Schuckart, Herbert Schulz

Bereits auf ihrem Gründungsparteitag Anfang Juli hatte DIE LINKE. Hamburg ein Sofortprogramm für die Bürgerschaftswahl am 24.2.2007 beschlossen, das wir im Folgenden dokumentieren. Das beschlossene Wahlprogramm wird in Kürze zu finden sein unter: www.hier-hier-die-linke-hamburg.de

Hamburg für Alle – Sozial und Solidarisch!

Sofortprogramm für einen Politikwechsel

Hamburg ist eine der reichsten Regionen in Europa. Zugleich ist die Stadt sozial tief gespalten. Viele Bürgerinnen und Bürger sind arm, nicht trotz, sondern wegen des Reichtums. Wir nehmen das nicht hin und wollen einen neuen Aufbruch für soziale Gerechtigkeit und Demokratie. Wir sind gegen Sozialabbau, gegen die Privatisierung öffentlicher Dienste und gegen Renommierprojekte. Wir wollen soziale Gerechtigkeit, ein solidarisch organisiertes Gemeinwesen und eine sozial- und umweltverträgliche Stadtentwicklung.

Das Sofortprogramm der LINKEN. Hamburg ist ein realisierbarer Einstieg in eine andere Politik.

Gegen Armut und soziale Spaltung – Hartz IV muss weg

Auf Landesebene sollen alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, die soziale Spaltung und drückende Armut zu bekämpfen. Deshalb:

- Abschaffung der entwürdigenden Ein-Euro-Jobs.
- Schaffung von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen.
- Keine Zwangsumzüge von Hartz IV-Betroffenen.
- Erhöhung der Mietzuschüsse für Bürgerinnen und Bürger mit geringem Einkommen.
- Einstieg in eine Kindergrundsicherung zur Bekämpfung der Kinderarmut.
- Einführung eines Sozialtickets für den öffentlichen Nahverkehr sowie freien Eintritt zu öffentlich geförderten Kulturveranstaltungen für Erwerbslose und Bezieherinnen und Bezieher von Grundsicherungen.
- Schritte zur Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich, beginnend im öffentlichen Dienst.
- Bundesratsinitiative Hamburgs für die Einführung eines Mindestlohnes von 8 Euro plus.

Gebührenfreie Bildung für alle

In Hamburg ist die soziale Herkunft entscheidend für Erfolg oder Misserfolg in der schulischen Laufbahn. Wir treten ein für ein einheitliches und demokratisches Bildungssystem, damit alle Menschen unabhängig von ihrer sozialen und ethnischen Herkunft und unabhängig von ihrem Geschlecht ihre Fähigkeit zur Entfaltung bringen können. Deshalb:

- Schrittweise Einführung der »Einen Schule für Alle« mit einem integrierten System von Klasse 1 bis Klasse 10 anstelle des so genannten Zwei-Säulen-Modells. Die veränderte Schul-

struktur ist nicht zum Nulltarif zu haben. Eine verbesserte Ausstattung mit qualifiziertem Personal ist dringend notwendig.

- Senkung der Klassenfrequenzen; Abschaffung des Lehrerarbeitszeitmodells.
- Wiederherstellung der Lern- und Lehrmittelfreiheit (z.B. kein Bücher geld).
- Besondere Förderangebote für Kinder mit Migrationshintergrund und ihre Familien sowie für Kinder aus schwierigen Verhältnissen.
- Gebührenfreie Ganztagsplätze mit Verpflegung in Krippen, Kindertagesstätten und Horten. Abschaffung der Kita-Gutscheine.
- Berufsausbildung für alle: Alle Schulabgängerinnen und Schulabgänger müssen einen betrieblichen oder schulischen Ausbildungsplatz in einem anerkannten Ausbildungsberuf erhalten. Wer nicht ausbildet, zahlt eine landesbezogene Ausbildungsplatzabgabe.
- Demokratisierung der Hochschulgremien – Ausbau der Mitbestimmungsmöglichkeiten aller Hochschulmitglieder.
- Studiengebühren – in welcher Form auch immer – wollen wir wieder abschaffen. Ein Zwei-Klassen-System bei den Ausbildungsgängen an den Hochschulen lehnen wir ab.

Schluss mit der Privatisierungspolitik

Privatisierung ist Verschleuderung öffentlichen Eigentums! Durch sie beraubt sich der Staat seiner politischen Handlungsfähigkeit. Bildung, Gesundheit, Wohnen, Kultur und Mobilität dürfen nicht Marktgesetzen unterworfen werden. Die im Hafen Beschäftigten haben gezeigt: Widerstand ist erfolgreich. Öffentliches Eigentum ist die Voraussetzung für demokratische Gestaltung und Kontrolle.

- Sofortiger Stopp der laufenden Privatisierungen.
- Energieversorger wie die ehemalige HEW (jetzt Vattenfall und E.ON Hanse), der ehemalige Landesbetrieb Krankenhäuser, das ehemalige Pflegen & Wohnen gehören in die öffentliche Hand zurück. Gesundheit ist keine Ware. Pflege muss in Würde stattfinden können.
- Eine Folge der Privatisierung der Energieunternehmen sind die hohen Preise und eine klimafeindliche Unternehmenspolitik. Kein Steinkohlekraftwerk in Moorburg! Keine weitere Energie- und Ressourcenvergeudung.
- Sofortige Abschaltung der Atomkraftwerke Krümmel und Brunsbüttel.
- Keine Privatisierung öffentlicher Wohnungsbaugesellschaften, auch nicht von Wohnungen aus deren Bestand. Erhalt und Ausbau eines sozi-

alen Wohnungsbaus.

- Stopp des Stellenabbaus im öffentlichen Dienst.
- Der Senat verschleudert öffentliche Mittel auf Kosten von sozialen Projekten in Renommierprojekte wie Hafencity, Elbphilharmonie und U4. Damit muss Schluss sein.

Mehr Demokratie wagen

Die Hamburger CDU hat in allen Bereichen die politische Beteiligung der BürgerInnen zurückgedrängt. Die Hürden für Volksentscheide wurden angehoben, das Wahlrecht und die Versammlungsfreiheit eingeschränkt, die Mitbestimmung beschränkt. DIE LINKE. setzt sich ein für mehr Öffentlichkeit in der Politik, für mehr Demokratie und Mitbestimmung in Wirtschaft, Verwaltung und Gesellschaft. Wir wollen ein Hamburg, das Interkulturalität fördert und Integrationsprozesse einleitet. Ein Hamburg, das Migrantinnen und Migranten eine neue Heimat bietet und Flüchtlinge vor Verfolgung und Entrechteung schützt. Deshalb:

- Verbindlichkeit von Volksentscheiden.
- Wiedereinsetzung des von den Wählern 2002 beschlossenen Wahlrechts.
- Das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit hat Vorrang vor allen Sicherheitskonzepten.
- Erweiterung der Rechte der Personalvertretungen.
- Umfassende Novellierung des hamburgischen Gleichstellungsgesetzes mit dem Ziel, die Rechte und Lebensbedingungen für Frauen zu verbessern und weiter zu entwickeln.
- Die Bezirkversammlungen sind zu wirksamen Kommunalvertretungen zu entwickeln, indem sie ein eigenes Haushaltsgesetz und ausreichende finanzielle Mittel erhalten.
- Mehr Mitbestimmung in Schule und Hochschule;
- Die Öffentliche Rechtsberatung (ÖRA) muss für Bürgerinnen und Bürger mit geringem Einkommen ausgebaut, die Beratungshilfe soll auch in Hamburg eingeführt werden;
- Kommunales Wahlrecht für alle in Hamburg Lebenden. Beendigung der Abschiebepraxis durch ein dauerhaftes Bleiberecht von Flüchtlingen;
- Wir bekämpfen alle ideologischen Elemente, die schon einmal die Massenzustimmung zum Faschismus begünstigt haben und heute seinen Weg in die »Mitte der Gesellschaft« ebnen. Wir wollen keine Nazis auf der Straße, keine faschistische Ideologie in den Köpfen, keine alten und neuen Faschisten in den Parlamenten.

Unser Sofortprogramm gegen Armut und Ausgrenzung und für soziale Gerechtigkeit ist unter den gegenwärtigen Bedingungen der öffentlichen Finanzen realistisch und finanzierbar. →

Wir fordern eine Umverteilung zu Gunsten der Benachteiligten in dieser Stadt. Allein die Einstellung von weiteren 150 Betriebsprüfern erbrächte zusätzliche Steuereinnahmen. Hamburg könnte darüber hinaus die Grund- und Grunderwerbsteuer sowie die Gewerbesteuer auf das Niveau anderer Städte anheben und sich im Bundesrat für eine Erhöhung der Erbschaftsteuer sowie eine Wiedereinführung einer Vermögensteuer einsetzen. Denn auch große Vermögen müssen einen Beitrag für das Gemeinwesen leisten! Auch auf Landesebene gibt es finanzielle Spielräume durch die positive Konjunktur-entwicklung und die Verbesserung der öffentlichen Finanzen.

Die LINKE.Hamburg sieht ihr Sofortprogramm in enger Verbindung mit den Vorschlägen unserer Bundestagsfraktion für einen gesetzlichen Mindestlohn, gegen eine Rente mit 67, für eine soziale Steuerreform und eine solidarische Bürgerversicherung, die die Elementarbereiche Arbeitslosigkeit, Krankheit, Rente und Pflege umfasst.

DIE LINKE. ist eine konsequente Friedenspartei. Statt weiterer Militarisierung wollen wir eine Welt des Friedens, der sozialen Gerechtigkeit und der Demokratie. Wir treten ein für Abrüstung und eine Kontrolle der Rüstungsproduktion und des Rüstungsexports. Wir lehnen Bundeswehreinsätze jeglicher Art im In- und Ausland rigoros ab und setzen uns ein für zivile Konfliktregulierung, für Ursachenbekämpfung und umfassende Krisenprävention im Rahmen verstärkter internationaler Zusammenarbeit.

Eine andere Welt ist möglich – auch in Hamburg.

„Klimaflüchtlinge“ – Flüchtlinge ohne Status

Tuvalu. Bis zu 3.000 Bewohner des pazifischen Inselstaates Tuvalu wollen ihr Land auf der Flucht vor den Folgen des globalen Klimawandels verlassen. Sie planen eine Auswanderung nach Neuseeland, nachdem eine Anfrage an Australien auf Aufnahme der Flüchtlinge scheiterte.

Rund 11.000 Tuvalus leben auf den Korallenatollen, die zwischen zwei und vier Meter über dem Meeresspiegel liegen und insgesamt 26 Quadratkilometer Land umfassen. Auch die Bewohner der Carteret-Inseln nordöstlich der Insel Bougainville in der Provinz Nördliche Salomonen (Papua-Neuguinea) gehören zu den Menschen auf der Flucht vor den Zerstörungen durch Flutwellen und den Anstieg des Meeresspiegels. Seit rund zwei Jahrzehnten haben sich

die Bewohner der nur 1,5 Meter über dem Meeresspiegel liegenden Carteret-Inseln gegen die Folgen des Klimawandels zur Wehr zu setzen versucht. Ständig wiederkehrende Springfluten und Überschwemmungen machen nun das Leben auf den fünf Atollen unmöglich: Das Salzwasser zerstört die Gärten, versalzt das Wasser in den unter den Atollen liegenden Trinkwasserreserven und unterhöhlt die an den Stränden gelegenen Behausungen.

Die noch rund 2.000 auf Carteret lebenden Menschen sollen im Lauf dieses Jahres auf die Insel Bougainville umsiedeln. Die Kosten für die aufwändige Evakuierung auf die Nachbarinsel trägt die Regierung von Papua-Neuguinea. Bei den Tuvalus ist die Frage der Umsiedlung bislang ungeklärt.

Auf jeden Fall ist mit einer Umsiedlung verbunden, dass die Menschen nicht nur ihre Heimat verlieren, sondern auch ein Stück ihrer Kultur und Identität, wie Ethnologen befürchten.

Die Bewohner von Tuvalu und Carteret werden in Publikationen gerne als „Klimaflüchtlinge“ bezeichnet. Jedoch, diesen Begriff kennt das Völkerrecht (noch) nicht. Als Flüchtlinge im Sinne der „Genfer Flüchtlingskonvention“ von 1951 werden Personen definiert, die sich aufgrund einer begründeten Furcht vor Verfolgung außerhalb des Staates aufhalten, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzen, sowie Staatenlose, die sich außerhalb ihres gewöhnlichen Aufenthaltsstaates befinden. Anerkannt ist ein Mensch als Flüchtling nur mit „*begründeter Furcht vor Verfolgung aufgrund von Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder der politischen Überzeugung*“.

Die Definition bezieht sich bis heute nicht auf Menschen, die aufgrund von Umweltfaktoren ihre Heimat verlassen. Immerhin wird der Schutzbedarf von „ökologisch Vertriebenen“ aus der Asien-Pazifik-Region inzwischen von einigen Regierungen anerkannt. Umweltschützer und Einrichtungen wie beispielsweise das US-amerikanische „Earth Policy Institute“ benutzen auch bereits den Begriff „Klimaflüchtling“. Sie meinen damit aber Angehörige einer größeren Gruppe, die wegen von Menschen verursachten Umweltveränderungen ihr Land verlassen müssen. Diese haben dann aber die Beweislast am Hals, wer die Verursacher des Unterganges ihrer Insel sind, was zum Beispiel oft große, ausländische und weit entfernte Konzerne sind.

Das UN-Flüchtlingshilfswerk schätzt derzeit die Zahl der Flüchtlinge weltweit auf 40 bis 50 Millionen. Von ihnen sind nach Ansicht der „United Nations University“ mit Sitz in Bonn über 19

Millionen wegen klimatischer Veränderungen und den Folgen auf der Flucht. Professor Norman Myers von der Oxford University kommt in seiner Studie „Environmental Refugees“ sogar auf 25 Millionen Klimaflüchtlinge. Diese Zahl droht sich entsprechend seinen Untersuchungen bis zum Jahr 2010 zu verdoppeln. Wenn das Klima sich weiter erwärmt, könnte diese Zahl im Jahr 2050 sogar auf 150 bis 200 Millionen anwachsen.

Da die Vereinten Nationen den Status eines „Klimaflüchtlings“ nicht anerkennen, ist der Versuch der Regierung von Tuvalu, in Australien „Klima-Asyl“ zu beantragen, gescheitert. Bereits mehrfach hat der Premierminister von Tuvalu um ein Treffen mit dem australischen Premier John Howard gebeten. Er wurde stets abgewiesen. Bei der Regierung von Neuseeland stieß er zwar offiziell auf Gehör, indem angeboten wurde, vorbehaltlich der absoluten Unbewohnbarkeit Tuvalus, die gesamte Bevölkerung aufzunehmen. Das regelt das Abkommen „Pacific Access Category“, das den Ländern Tuvalu, Fidschi, Kiribati und Tonga ein jährliches Kontingent an Flüchtlingen zugesteht, die in Neuseeland aufgenommen werden.

Zurzeit können allerdings jährlich nur 75 Menschen aus Tuvalu nach Neuseeland ausreisen. Und sie sind dabei allen möglichen Schikanen ausgesetzt: Sie müssen unter 45 Jahre alt sein, eine qualifizierte Berufsausbildung haben, Englisch sprechen. Es ist zu befürchten, dass viele darüber sterben und eine Umsiedlung „ins Trockene“ nie erleben werden.

Am 1. Mai 2007 ernannte UN-Generalsekretär Ban Ki Moon drei Personen zu „Klimabeauftragten“ der Vereinten Nationen: Die ehemalige norwegi-



schen Premierministerin Gro Harlem Brundtland, den ehemaligen Präsidenten von Chile, Ricardo Lagos, sowie den ehemaligen Präsidenten der UN-Vollversammlung, den Koreaner Han Seung-soo. Sie sollen sich mit diesem dringenden Problem befassen.

Karl-Helmut Lechner

Quellen:

<http://www.greenleft.org.au/2007/703/36535>,
<http://UN News Service 01.05.07>,
<http://www.germanwatch.org/>;
http://publik.verdi.de/2007/ausgabe_04/leben/



Ägypten erlebt seit zwölf Monaten eine nicht abreibende Streikwelle, die größte seit den 1950er Jahren. Am 23. September legten die 27.000 Beschäftigten der größten Textilfabrik in Mahalla El-Kobra die Arbeit nieder, der Streik wurde durch Solidaritätsaktionen in zahlreichen anderen Betrieben unterstützt. Die Streikenden fordern vor allem eine deutliche Lohnerhöhung. Umgerechnet 28 Euro erhielten sie zuletzt, ein Betrag, der durch die galoppierende Inflation täglich noch entwertet wird. Sorgfältig haben sie die Preissteigerung aufgelistet, allein für Nudeln haben sich die Preise zuletzt verdoppelt. Fleisch hätten sie seit langem nicht gegessen, ihre Kinder seien unterernährt, beklagen sie. Die Behörden regieren mir Repression; acht Streikführer wurden verhaftet. Das führt gegenwärtig jedoch nach Einschätzung der Zeitung Al-Ahram Weekly zur Politisierung des Streiks. Selbst Regierungsvertreter gestehen inzwischen ein, dass der wirtschaftliche Aufschwung des Landes an der Mehrheit der Bevölkerung nahezu spurlos vorbeigegangen ist. Gewerkschaftsvertreter sehen den Streik der Textilarbeiter/innen von Mahalla El-Kobra eher als Anfang denn als Ende einer großen Streikbewegung. (Quelle: AP, Al-Ahram Weekly)

Schweiz: Einbürgerung an der Urne?

Der Nationalrat hat mit 111 zu 78 Stimmen beschlossen, Einbürgerungen an der Urne zu verbieten. Stattdessen sollen Abstimmungen über Einbürgerungen nur durch Gemeindeversammlungen möglich sein. Damit stellt sich der Nationalrat mehrheitlich gegen eine Volksinitiative der rechten SVP (Schweizerische Volkspartei), die 2003 vom Bundesverfassungsgericht verbotenen Einbürgerungentscheide an der Urne wieder zuzulassen.

Der Hintergrund: Die Schweiz hat die strengsten Kriterien zur Erlangung der Staatsbürgerschaft (u.a. eine Aufenthaltsdauer von mindestens 12 Jahren); einen Rechtsanspruch auf Einbürgerung gibt es in den meisten Kantonen nicht. Einbürgerungswillige werden oft aufgefordert, ihren Antrag zurückzuziehen. Ob sie eingebürgert werden oder nicht, unterliegt der Willkür von Gemeindeversammlungen und früher eben auch und noch mehr von Volksabstimmungen. Zum Beispiel hatte die Luzerner Vorortsgemeinde Emmen, die 1999 die obligatorische Urnenwahl bei der Einbürgerung von Migrantinnen und Migranten eingeführt hatte, die diskriminierende Stoßrichtung ihrer Entscheidung offen benannt: „Es gibt aber Religionen, die andere Wertvorstellungen als die christliche haben. Eines der

wichtigsten Einbürgerungskriterien ist das Annehmen unserer Gebräuche und Gesetze. Damit aber werden einige Leute aus anderen Religionsgemeinschaften ihre liebe Mühe haben ... es ist ihnen gar nicht möglich, unsere Gesetze und Gebräuche zu übernehmen. Deshalb würden diese Leute auch die geforderten Kriterien zur Einbürgerung nicht erfüllen.“ Nach Einführung der Urnenwahl wurden in Emmen ausschließlich Einbürgerungsgesuche von Einwohnern italienischer oder spanischer Herkunft angenommen, alle anderen abgelehnt, im März 2000 z.B. 48 von 56 Anträgen. In anderen Gemeinden sah es nicht anders aus. Die SVP will diesen Zustand rassistischer Willkür wiederherstellen und mobilisiert auf unappetitlichste Weise für seinen Volksentscheid. Der Nationalrat stellt sich zwar mehrheitlich gegen die Einbürgerung an der Urne, will aber die Angabe der Religionszugehörigkeit abverlangen. (NZZ u.a.)

EU-Abschreckungspolitik in der Kritik

Die Unterstützer der acht tunesischen Fischer, die in Italien vor Gericht stehen, weil sie Flüchtlinge aus Seenot gerettet haben, haben mithilfe von 105 Abgeordneten eine Anhörung vor dem EU-Parlament erreicht. Dort kritisierten sie

und viele Abgeordnete die Abschreckungspolitik, die u.a. in etlichen Fällen dazu geführt hat, dass Menschen, die Flüchtlinge das Leben retteten, rechtlich verfolgt wurden. Demgegenüber vertrat EU-Kommissar Frattini ausdrücklich den Kurs der Abschreckung und kündigte die Erhöhung der Ausgaben für die Frontex-Einsätze und die weitere Militarisierung des Mittelmeers an. Nach Angaben Frattinis sollen 400 Personen durch die Frontex-Operationen als Schlepper verhaftet worden sein. Das weisen die Flüchtlingsorganisationen zurück: Es sei bekannt, dass die Schlepper in der letzten Zeit die Boote von Flüchtlingen nur mit Kompass und Satellitentelefon ausrüsteten, selbst aber nicht mehr mitführen, sondern die Flüchtlinge ihrem Schicksal überließen. Die Unterstützerorganisationen wiesen außerdem darauf hin, dass die EU-Politik der Abwehr die Routen der Flüchtlinge immer länger und gefährlicher machten. Da andere Wege weitgehend versperrt sind, nehmen viele jetzt die gefährliche Fahrt nach Italien von Algerien aus auf. Nicht nur die Flüchtlinge bezahlen diese Politik teuer, ungeheuer oft mit dem Leben. Auch die sizilianischen und andere Fischer, die sich ohnehin nur mühsam vom Fischfang ernähren können, leiden unter der wachsenden Präsenz militärischer Einheiten. Für die angeklagten tunesischen Fischer und ihre Familien ist die Situation selbst dann sehr schwierig, wenn sie am Ende freigesprochen werden. Ihre Boote sind konfisziert, einen Ausgleich für die ökonomischen Verluste erhalten sie nicht, und die Dauer des Prozesses ist ungewiss.

Anschlag auf Kleinbus in der Türkei

Das HPG-Hauptquartier weist in einer schriftlichen Stellungnahme die Beschuldigung zurück, die kurdische Guerilla sei für das Anschlag auf einen Minibus in Beytüşşebap mit zwölf Toten, darunter sieben sog. Dorfschützen, verantwortlich: „Es besteht keinerlei Zusammenhang zwischen dem jüngsten Vorfall und der Guerilla.“ Sie schreibt die Verantwortung vielmehr der türkischen Armee bzw. dem Nachrichtendienst der Gendarmerie JITEM zu. Die HPG erinnern an mehrere vergleichbare Verbrechen, die JITEM zugeschrieben wurden, und fordert „die politischen Parteien, Menschenrechtsvereine und demokratischen zivilgesellschaftlichen Organisationen dazu auf, den Vorfall zu untersuchen, die wirklichen Täter herauszufinden und zur Rechenschaft zu ziehen“. Auch die kurdische Partei DTP gab kurz nach dem Mordanschlag eine Erklärung ab, in der sie das Massaker verurteilte und staatliche Stellen verantwortlich mache. (Quelle: ISKU)

Zusammenstellung: scc

NÜRNBERG. „Wenn 15.000 Menschen für mehr Demokratie und weniger Sicherheitswahn protestieren, ist dies ein Riesenerfolg“, so Ricardo Cristof Remmert-Fontes vom Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung über die Demonstration am 22.09.2007, die unter dem Motto „Freiheit statt Angst“ stattfand. Wie die Polizei bestätigte, hatten sich mehr als 15.000 Menschen in Berlin versammelt, um sich gegen die stetige Aushöhlung der Bürgerrechte und des Datenschutzes auszusprechen.



Weltweite Kampagne für das Recht auf Wohnen

BOCHUM. Vor dem Hintergrund des Aufrufs verschiedener internationaler Netzwerke, startet am 1. Oktober eine weltweite Kampagne für das Recht auf Wohnen und gegen Zwangsräumungen sowie gegen die Immobilienspekulation. Die Kampagne soll bis zu einem vom Weltsozialforum aufgerufenen internationale Aktionstag am 26. Januar laufen. In Paris wird es zum Auftakt eine Demonstration für das Recht auf Wohnen geben. In London stehen Aktionen gegen die Zerstörung preiswerter Wohnungen für die Olympiade sowie REITs (steuerbefreite Immobilienfonds) im Mittelpunkt. Große Aktionen sind u.a. auch in Bolivien und in Kalkutta geplant. Im Ruhrgebiet laden das Habitat-Netz sowie Mieterforum Ruhr zu Veranstaltungen ein.

Weltweit hat die Zahl der Menschen, die durch massenhafte Zwangsräumungen aus ihren Wohnungen, von ihrem Land und aus ihren Siedlungen vertrieben werden, dramatisch zugenommen. Nach Angaben der Menschenrechtsorganisation COHRE (Centre on Housing Rights and Evictions, Genf) wurden zwischen 2003 und 2006 ca. 4,3 Mio Menschen für große Städtebauprojekte, für Mega-Events wie Olympiaden, für Straßenbaumaßnahmen und Stadtsanierungen vertrieben. Davon entfallen etwa ca. 2,1 Mio. Vertriebene in Asien und ca. 1,9 Mio. in Afrika. Die Dunkelziffer ist sehr hoch. Alltäglich Zwangsräumungen in Nord- Amerika und Europa sind darin nicht enthalten.

www.tacheles-sozialhilfe.de

Internationaler Stop EPA-Tag

FRANKFURT A.M. Anlässlich des fünften Jahrestages des Beginns der Verhandlungen über regionale Freihandelsabkommen, die sog. Economic Partnership Agreements (EPAs), am 27.9.2007, warnten Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen, Bäuerinnen und Bauern sowie KleinproduzentInnen und AktivistInnen aus vielen Teilen der Welt vor einem drohenden wirtschaftlichen Ausverkauf Afrikas. Tausende

„Das ist die größte Demonstration für Bürgerrechte und Datenschutz seit der Volkszählung 1987“, sagte der Datenschutzbeauftragte von Schleswig-Holstein, Thilo Weichert, der auch als Redner während der Demonstration auftrat. Gerade die bunte Mischung der Demonstranten und der Unterstützer zeigte, dass die Themen der Demonstration keine Randgruppenthemen sind, sondern alle angehen. Über 50 Organisationen, Initiativen und Parteien hatten zu der

AktivistInnen nahmen an koordinierten Aktionen in mehr als 37 Ländern teil und forderten die EU auf, ungerechte Freihandelsabkommen zu stoppen.

In Deutschland forderten Attac, Brot für die Welt, Evangelischer Entwicklungsdienst, Oxfam Deutschland, WEED und weitere Organisationen die deutschen Parlamentarier in Sichtweite des Deutschen Bundestages in Berlin auf, die afrikanischen Staaten nicht mit ungerechten Freihandelsabkommen zu überrollen.

www.attac.de

Bayer-Engagement in Burma

DÜSSELDORF. Bayer hat in der Vergangenheit nicht davor zurückgeschreckt, Geschäfte mit dem südafrikanischen Apartheidsregime oder Militärdiktaturen in Südamerika zu machen. Deshalb gehört der Leverkusener Chemie-Multi jetzt zu den wenigen Global Playern, die in dem von Generälen regierten Burma (Myanmar) noch wirtschaftliche Aktivitäten entfalten. Während die auch nicht gerade zimperlichen Konzerne Reebok und Pepsi Cola Burma bereits verlassen haben, hat der Agroriese das Land als Absatzmarkt für eine spezielle Reisart auserkoren. Im Moment führt der Saatenmogul gerade einen Test mit einer Hybriden, also sterilen und nicht zur Wiederaussaat bestimmten Sorte durch. Bayer-Manager Harald Printz will die Militärdiktatur damit in die Lage versetzen, auf dem Reismarkt mit Thailand zu konkurrieren. „Ich weiß nicht, wann der Staat sich öffnen wird. Aber wir sind darauf vorbereitet. Wenn es 20 Jahre dauert, dauert es eben 20 Jahre. Wir haben eine längerfristige Perspektive. Wir glauben, wenn wir Jahr für Jahr weitermachen, haben wir später eine gute Marktposition“, erläutert er die Geschäftspolitik des Unternehmens.

www.cbgnetwork.org

„Atommüll verhindern, bevor er entsteht!“

DORTMUND. Am 22. September 2007 trafen sich mehr als 100 AtomkraftgegnerInnen aus Russland, Frankreich, den Niederlanden, Schweden, Ungarn und Deutschland in Dortmund zu einer

Internationalen Urankonferenz. Aufgerufen zu der Konferenz hatten rund 40 in- wie ausländische Gruppen und Organisationen. In Fachvorträgen und Workshops wurden zahlreiche Themenbereiche rund um die Urananreicherung lebhaft und engagiert diskutiert. In einer gemeinsamen Erklärung lehnten die Konferenz-TeilnehmerInnen die weitere Uran Nutzung generell ab: So wohl der weltweite Uranabbau, die Weiterverarbeitung des Urans und der Einsatz für militärische Zwecke müsse aufgrund der großen Gefahren sofort beendet werden. Ausdrücklich forderten die TeilnehmerInnen die sofortige Stilllegung sämtlicher Urananreicherungsanlagen, da sie allein dem Weiterbetrieb der Atomkraftwerke sowie dem Bau von Atombomben dienen. In Deutschland betreibt der multinationale Urenco-Konzern in Gronau eine Urananreicherungsanlage. Konkret wurde auf der Urankonferenz vereinbart, die internationale Kooperation zwischen den verschiedenen Gruppen und Organisationen auszubauen. Der nächste Schritt dazu ist die „European Anti Nuclear Manifestation“ vom 9.-11. November in Helsinki. Zudem rufen die TeilnehmerInnen dazu auf, gegen die Lieferungen von Natururan aus Pierrelatte in Südfrankreich nach Gronau/D und Almelo/NL gemeinsame Protestaktionen durchzuführen. Außerdem werden die Proteste gegen die Uranmülltransporte von Gronau und Almelo nach Russland intensiviert. 2008 wird erstmals ein gemeinsamer europäischer Aktionstag gegen die Uranindustrie durchgeführt.

www.castor.de

ver.di-Demonstration gegen Lohn-dumping im Pflegebereich

NÜRNBERG. Unter dem Motto „Soziale Arbeit ist mehr wert“ demonstrierten am 29.9.2007 rund 2000 Menschen in Nürnberg gegen schlechte Bezahlung im Pflegedienst. „Die Wohlfahrtsverbände haben sich auf einen Preiswettbewerb untereinander eingelassen, der auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen wird“, kritisierte ver.di-Sprecher Hans Stern am Samstag. Die Wohlfahrtsverbände sollten sich gemeinsam



Demo aufgerufen, darunter die Jungen Liberalen, Bündnis 90/Die Grünen, ver.di, Journalistenverbände, Attac, die evangelische Telefonseelsorge, die Hedonistische Internationale und der Chaos Computer Club. Stark vertreten waren auch die Ärzte, die mit einem eigenen Wagen zum Thema „Gläserner Patient“ auf die Problematik der elektronischen Gesundheitskarte aufmerksam machten. Jurist Patrick

Breyer vom Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung erklärte: „Diese Demonstration macht deutlich, dass die Lähmung, die seit 2001 viele Menschen ergriffen hatte, nachlässt und die Standardfloskel, zur Bekämpfung des Terrorismus müsse man alles Menschenmögliche tun, nicht mehr greift. Wir werden unsere Arbeit fortsetzen und rechnen mit einer weiter zunehmenden Unterstützung für die Aktionen des Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung.“ www.vorratsdatenspeicherung.de

für eine ausreichende Finanzierung sozialer Arbeit einsetzen, lautet eine Forderung der Gewerkschaft. Zu der bayernweit ersten Demonstration dieser Art seien deutlich mehr Menschen angereist als erwartet. www.idowa.de

Soziologe Münch beklagt Umbau der Universitäten in Unternehmen

BAMBERG. Der in Bamberg lehrende Soziologe Richard Münch beklagt in der „Zeit“ den Umbau deutscher Universitäten in marktfähige „Unternehmen“. „Unter dem globalen Regime der Gedankenlosigkeit, das McKinsey & Co. errichtet haben, ist es zur nicht mehr hinterfragten Selbstverständlichkeit geworden, dass alles besser wird, wenn nicht nur Daimler und Siemens, sondern auch Caritas, Goethe-Institut, Schulen und Universitäten nicht als ‚Behörden‘, sondern als Unternehmen geführt werden“, schreibt der Wissenschaftler. Aus selbständigen „Forschern und Lehrern“ würden „durch ‚Konditionierung‘ Punktejäger gemacht“, die nur noch bestimmte „Kennziffern“ erfüllen müssten. Aus „Rektoren CEOs“ zu machen, „aus Professoren Agenten und aus Universitäten Unternehmen – genau das ist unter der Hegemonie des ökonomischen Denkens das Selbstverständliche der Welt geworden“. Bislang, so schreibt Münch, habe die Eigenverantwortung und die Reputation des Forschers im Mittelpunkt gestanden: „Wird die Universität zum Unternehmen gemacht, dann ändern sich die Verantwortung und die Trägerschaft von Forschung und Lehre grundlegend. Die Verrechnungseinheit ist jetzt nicht mehr der individuelle Forscher und Lehrer, sondern das Unternehmen. Es entsteht jetzt ein akademischer Kapitalismus. Der Erfolg der unternehmerischen Universität bemisst sich an der Kapitalakkumulation.“

Quelle: Die ZEIT Nr. 40, 27.9.2007

Gegen weitere Stellenkürzungen im Bereich der kritischen Wissenschaft

BERLIN. Zwei Berufungsverfahren sorgen zur Zeit in Deutschland für Diskussionen. An der FU Berlin wurde die

Berufung Albert Scharenbergs vom Präsidium gestoppt. Inoffizielle Begründung war dessen Tätigkeit im Kuratorium der linksparteinahmen Rosa-Luxemburg Stiftung. In Marburg protestiert zur Zeit ein breites Bündnis gegen eine vom dortigen Präsidium angeordnete Streichung einer in der Tradition der linken „Abendrothschule“ stehenden Professur. Björn Wortmann, Geschäftsführer des Bündnis für Politik- und Meinungsfreiheit, betrachtet die Entwicklungen mit Sorge. „In beiden Fällen verhinderten Eingriffe des Präsidiums die Berufung kritischer Wissenschaftler. Wissenschaftlich lassen sich die Eingriffe nicht rechtfertigen. Schließlich wurden die Wissenschaftler von den zuständigen Gremien für qualifiziert befunden. Die Nichtbesetzungen sind damit nur als politisch motiviert zu begreifen.“ Bereits in den vergangenen Jahren wurden die Bedingungen für kritische Wissenschaft an deutschen Hochschulen zunehmend erschwert. Unter anderem am Institut für Gesellschaftswissenschaften in Frankfurt und am Otto-Suhr-Institut an der Freien Universität Berlin wurden Stellen mit kritischem Profil gestrichen. Das Bündnis für Politik- und Meinungsfreiheit sieht in den Stellenstreichungen eine Gefahr für den Wissenschaftspluralismus. „Die Freiheit eines Wissenschaftssystems erweist sich nicht zuletzt an der Vielfalt der angebotenen Lehrmeinungen. Sie ist an vielen Instituten bereits verloren gegangen“, heißt es in einem Aufruf der Initiative zur Rettung der kritischen Wissenschaft in Marburg. Der Aufruf wurde bisher von über 700 deutschen und internationalen WissenschaftlerInnen, GewerkschafterInnen und Studierenden unterzeichnet. (http://www2.bdwi.de/uploads/krit_wiss_stand_11.9._11h.pdf)

Anders als in Deutschland nimmt kritische Wissenschaft im Ausland, insbesondere in den USA und in Großbritannien, einen selbstverständlichen Platz ein. Sie genießt in der dortigen Fachwelt eine hohe Wertschätzung. Kritische Forschung und Lehre tragen wesentlich zum international guten Ruf angelsächsischer Hochschulen bei.

www.uebergebuehr.de

Besetztes Fahrradwerk Nordhausen – Solidarität übertrifft Erwartungen

NORDHAUSEN. Seit dem 20. September 2007 läuft die Kampagne „Strike-Bike“ zur Rettung der Arbeitsplätze der Fahrradwerker in Nordhausen. Die KollegInnen in der besetzten Fabrik produzieren Fahrräder in Selbstverwaltung! Internationale Solidarität und hundernte von Bestellungen aus aller Welt – dies ist das das bisherige Resultat der viel bestaunten Kampagne, welche die BesetzerInnen des Nordhäuser Betriebs im „Bikes für Nordhausen e.V.“ mit Hilfe der anarchosyndikalistischen Freien Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union (www.fau.org) und vielen anderen solidarischen Kolleginnen und Kollegen aus unterschiedlichsten sozialen Gruppierungen und Organisationen starteten. Bis heute sind viele hundert Bestellungen in Nordhausen eingegangen. Es gibt Kaufzusagen von solidarischen Menschen aus nahezu allen europäischen Ländern. Sogar Bestellungen aus Tel Aviv, Johannisburg und Kairo sowie aus den USA und Kanada liegen vor. In vielen deutschen Städten laufen Informationsveranstaltungen, auf denen die Kampagne vorgestellt wird und die Räder direkt geordert werden können. Die Homepage www.strike-bike.de wurde bereits 40.000-mal besucht.

Die KollegInnen sind von der Welle der Solidarität sichtlich beeindruckt. Sie sind zu Recht stolz auf die Reaktionen und auf die gemeinsame Aktion – die Produktion des „Strike-Bike“ unter eigener Regie. Auch wenn vorerst nur als ein widerständiges „Symbol“ gegen die Profitsucht des deutschen Unternehmens MIFA / Hyrican im Verbund mit dem texanischen Hedge-Fonds Lone Star. Die Politik bewegt sich nicht, die möglichen Subventionen der EU werden nicht eingeklagt, der vorläufig eingesetzte Insolvenzverwalter Wutzke weiß bereits vor Erstellung des Insolvenz-Gutachtens, dass das Werk „geschlossen werden muss“, da es keinen neuen Investor gäbe. Wo wurde selbiger gesucht, welche Rolle spielt die Konkurrenz MIFA bei diesem bitterbösen Spiel um Profite und Marktführerschaft im deutschen und europäischen Fahrradmarkt?

Die internationale Dimension der Solidarität dieser Kampagne für eine selbstverwaltete Produktion übertrifft die Erwartungen aller Beteiligten. Mehr: www.strike-bike.de.

www.igmetall-nieder-sachsen-anhalt.de



3000 Menschen gegen geplantes NPD-Schulungszentrum in Melle

MELLE. Am Montag, den 1. Oktober, gingen auf einer vom Stadtrat Melle organisierten Demonstration über 3000 Menschen auf die Straßen, um gegen den Kauf des Meller Bahnhofs durch den Hamburger NPD-Landesvorsitzenden Jürgen Rieger zu protestieren. Der ansässige Makler Stephan Schimweg bot letztes Jahr der Stadt Melle das Bahnhofsgebäude zum Kauf an. Diese lehnte jedoch das Angebot in Höhe von 300.000 EUR als überzogen ab. Anfang September teilte Schimweg der Stadt dann mit, dass Rieger für den Kauf der Immobilie 760.000 EUR zahlen wolle. Gleichzeitig bot er der Stadt an, sie könne nun für 790.000 EUR noch den Zuschlag erhalten, was die Stadt aber, mit der Begründung, man lasse sich nicht erpressen, entschieden ablehnte. Rieger plant nach eigenen Angaben in dem Gebäude ein Schulungszentrum für NPD-Mitglieder und „nationale Jugend“ einzurichten.

Trotz widriger Verhältnisse kamen nach der kurzfristig geplanten Demo am Samstag mit 300-400 Teilnehmern diesmal zehnmal so viele Menschen zusammen. Auf dem Marktplatz versammelte sich gegen 17 Uhr ein buntes Spektrum an Leuten aus Melle und Umgebung. Ne-

ben den Meller BürgerInnen jeglichen Alters zeigten sich u. a. die evangelische Jugend, viele SchülerInnen, die örtliche Müllabfuhr und auch einige autonome AntifaschistInnen. Nach der Anfangskundgebung am Rathaus zog der Demonstrationszug ohne Zwischenfälle verhalten zum „Stein des Anstoßes“ (Bahnhof). Begleitet wurde er von einer engagierten Trommelgruppe, die besonders am Ende für gute Stimmung sorgte. Dort hielten der Bürgermeister

André Berghegger und Vertreter der vier im Stadtrat vertretenen Parteien auf einem Podest erhoben – mal kürzere, mal längere – Redebeiträge. Berghegger verwies dabei auf die übliche Praxis von ImmobilienmaklerInnen und NPD, durch den Schrecken eines NPD-Einzugs den Gebäudepreis in die Höhe zu treiben. Es werde von beiden Seiten darauf spekuliert, so Berghegger, dass die Stadt versuche, den Nazis um jeden Preis zuvorzukommen und die Immobi-

lie selbst für einen sehr überhöhten Preis zu erwerben. Der Gewinn aus diesem Geschäft werde dann zwischen Makler und NPD aufgeteilt. Man selbst wolle die Faschisten auf diese Weise nicht indirekt finanzieren und hoffe auf eine Annulierung des Kaufvertrages. Andernfalls werde die Stadt versuchen mittels Eisenbahn-bundesamt und Denkmalschutz bürokratische Hürden aufzutürmen.

Nachdem die bisherigen Gegenwehr fast ausschließlich von der Stadt Melle und den Parteien organisiert wurde, ist jetzt ein breiteres „Bündnis gegen Rechts“ in vieler Munde.



Text: <http://de.indymedia.org/2007/10/195787.shtml>. Bild: <http://media.de.indymedia.org/images/2007/10/195817.jpg> – aus der Neuen Osnabrücker Zeitung

2000 gegen zunehmende rechtsextreme Gewalttaten im Südharz

BAD LAUTERBERG. Rund 2.000 Beschäftigte demonstrieren während der Arbeitszeit gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit

klar, dass im Südharz kein Platz ist für Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit oder Rassismus. Organisationen oder Parteien, die sich durch demokratie-

feindliche Parolen und Taten auszeichnen, müssen verboten werden. Hier ist die Politik dringend gefordert“, sagte der niedersächsische IG Metall-Ber-

zirksleiter Hartmut Meine am heutigen Donnerstag in Bad Lauterberg. Anlässlich der zunehmenden rechtsextremen Gewalttaten in der südlichen Harzregion hatte die IG Metall-Verwaltungsstelle Goslar/Osterode die Demonstration gegen Rechtsextremismus initiiert. Das breite Bündnis von Gewerkschaftern, Betriebsräten, Unternehmen, Schülern sowie der Stadt Bad Lauterberg und des Landkreises Osterode sprach sich für ein Verbot der NPD aus. „Wir wollen braune Demagogen nicht mit unseren Steuergeldern unterstützen müssen“, sagte Manfred Zaffke, erster Bevollmächtigter der IG Metall-Verwaltungsstelle Goslar/Osterode in Bad Lauterberg.



Kein Vergessen: Straßen der Sheridan-Kaserne in Augsburg sollen Namen von Opfern des Nationalsozialismus tragen

Bis 1998 war die Sheridan-Kaserne die größte von der amerikanischen Armee genutzte Fläche in Augsburg. Das Gelände kennt jeder Augsburger, doch von seiner vielfältigen Geschichte wissen nur wenige. Zwischen 1943 und 36 wurden dort eine Infanterie-, eine Luftnachrichten- und eine Heeresnachrichtenkaserne errichtet. Gebäude 116 der Luftnachrichtenkaserne am Grasigen Weg in der Nähe des Stadtbergen Gate diente zwischen April 1944 und April 1945 als Außenlager des Konzentrationslagers Dachau. Dort waren 1000–2000 männliche Häftlinge untergebracht, die bei Messerschmitt in der Flugzeugproduktion arbeiteten. Durch lange Arbeits- und Wegezeiten, minderwertige, geringe Kost, desolate hygienische Verhältnisse, Krankheiten und Epidemien wurden viele der Zwangsarbeiter getötet.

Um die Geschichte des Lagers und seiner Opfer nicht in Vergessenheit fallen zu lassen, haben die verschiedenen Initiativen und Verbände, darunter VVN, IGM, Geschichtswerkstatt Augsburg, die sich um die Umwandlung des Lagers in eine Gedenkstätte bemühen, ein Konzept erarbeitet: Sie schlagen vor, Straßen auf

dem Grund der Kaserne nach Widerstandskämpfern und Opfern des NS zu nennen. Im folgenden dokumentieren wir das Konzept.

Die Namengebung der Straßen auf dem Gebiet der ehemaligen Sheridan-Kaserne sollte einem thematischen Schwerpunkt folgen. Unsere Überlegungen greifen dabei die Geschichte des Geländes als ehemaliger Militärstandort und Ort eines bedeutenden KZ Außenlagers auf. Sie stehen aber in Bezug zu den Themen Friedensstadt Augsburg und Kampf gegen das nationalsozialistische Unrechtsregime in der Stadt. Dabei bezieht unser Vorschlag auch den in unmittelbarer Nähe gelegenen Westfriedhof mit ein, in dem Ehrenhaine an Opfer des NS-Regimes erinnern und zum Frieden mahnen. Zudem führt er die Straßenbenennung im Stadtteil Pfersee fort, bei der Widerstandskämpfer und Verfolgte der NS-Diktatur wie zum Beispiel Clemens Högg, Bebo Wager, Hans Adlhoch, Leonhard Hausmann berücksichtigt wurden.

Die Benennung der Straßen nach Widerstandskämpfern und Opfern korrespondiert mit den Initiativen, auf dem

Gelände einen Denkort sowie einen Themenpfad zu Krieg und Frieden sowie Kampf um eine demokratische Gesellschaft einzurichten und würde gerade letzteren Vorschlag gut ergänzen.

Die Aufzählung von Straßennamen berücksichtigt vor allem Menschen aus Augsburg, die sich gegen die Nationalsozialisten aufgelehnt haben oder durch das NS-Terrorsystem zu Tode gekommen sind. Bedacht wurden dabei Menschen verschiedener Opfergruppen und gesellschaftliche Bereiche beispielsweise aus Kirche, Arbeiterbewegung oder Militär und auch ein Häftling des KZ-Außenlagers Pfersee.

Es wurden keine noch lebenden Personen genannt. Ebenso wurde auf die Nennung von Personen verzichtet, wenn deren Namen in Augsburg schon als Straßennamen anderen Personen gewidmet wurden (z.B. Graf, Rehm, Seitz, Zimmermann u.a.). Wir gingen von etwa 25 zu benennenden Straßen aus, bei Bedarf oder bei Änderung der obigen Vorgaben würden wir unseren Vorschlag gern ergänzen.

(Weitere Einzelheiten: www.pfersee.de/denkort)
Aus: Berichte aus Augsburg und Schwaben 20/07

Nazikundgebungen anlässlich der Hamburger Bürgerschaftswahl

HAMBURG. Mit der Ankündigung öffentlicher Auftritte buhlt die extreme Rechte um Aufmerksamkeit: Zunächst ruft die DVU für Samstag, den 13. Oktober (11 Uhr), zu einer Kundgebung auf dem Hamburger Rathausmarkt auf. Laut Selbstdarstellung geht es ihr dabei „um Protest gegen die Entlassung von Eva Herman durch den NDR und um Unterstützung des Volksbegehrens Hamburg stärkt den Volksentscheid – Mehr Demokratie“. Deutlicher als das Motto spricht allerdings der Ort für die wahre Absicht der DVU, die zum geplanten Fototermin schon mal symbolträchtig an der Tür des Rathauses klopfen möchte. Bekanntlich liegt der Rathausmarkt in der so genannten „Bannmeile“, und die GAL hat vorsorglich für den 13. Oktober eine Sondersitzung beantragt, welche eine Kundgebung vor dem Rathaus dann ausschließt. Die Entscheidung trifft der Hamburger Senat. Die DVU kann gegebenenfalls das Verwaltungsgericht anrufen – ihre Aussicht auf Erfolg ist aber eher gering.

Auch die NPD meldet sich im Hamburger Bürgerschaftswahlkampf zurück, auch wenn sie zugunsten der DVU nicht selber kandidiert. Anlässlich des SPD-Bundesparteitages ruft Jürgen Rieger auf der NPD-Hompage zu einer Protestveranstaltung am 26. Oktober vor dem CCH-Hamburg (15.30 Uhr) auf. Dort wolle man gegen ein mögliches Ver-

botsverfahren protestieren. Zuvor hatte sich die SPD-Bundestagsfraktion für eine Gesetzesänderungen (Änderung der erforderlichen Zweidrittelmehrheit des Bundesverfassungsgerichtes bei Parteiverbotsverfahren) und für die Prüfung eines neuen NPD-Verbotes ausgesprochen.

Während die Ankündigung der NPD auf jeden Fall ernst zu nehmen ist, steht die angekündigte DVU-Veranstaltung doch ziemlich in Frage. Klar ist, dass die stark überalterte DVU eine Kundgebung nur mit tatkräftiger Unterstützung von NPD und den Freien Kameradschaften durchführen kann. Doch regt sich dort bislang nichts dergleichen. Im Gegenteil: Schaut man nach Brandenburg, wo die DVU im Landtag sitzt, scheint die Konkurrenz der beiden Naziparteien trotz ihrer Absprache – dem so genannten Deutschlandpakt – wieder zuzunehmen. Laut Verfassungsschutz befindet sich die DVU in Brandenburg im „Sturzflug“. Es sei zu erwarten, dass die NPD den Deutschlandpakt mit der DVU auflöse und zu den Landtagswahlen im Jahr 2009 antrete. 2004 hatte die NPD noch zugunsten der DVU auf die Wahl in Brandenburg verzichtet. Auch in Thüringen wird erwartet, dass die NPD statt der DVU bei den kommenden Landtagswahlen antreten wird, genauso in Sachsen-Anhalt, wo die NPD ebenfalls ihre Basis ausbaut. In Hamburg lässt die

NPD der DVU noch den Vortritt, doch hätte die NPD in der Hansestadt auch wenig Chancen auf einen Einzug in die Bürgerschaft. Außerdem war der Landesverband erst im vergangenen Jahr durch einen internen Machtkampf durcheinander gewirbelt worden, seitdem ist Neonazi-Anwalt Jürgen Rieger Parteichef in Hamburg.

Laut einem Bericht des Südwestrundfunks hat die Mannheimer Staatsanwaltschaft gegen Jürgen Rieger übrigens Anklage wegen Volksverhetzung in neun Fällen erhoben. Der einschlägig vorbestrafte 61-Jährige hatte den rechtskräftig verurteilten Holocaust-Leugner Ernst Zündel vor Gericht verteidigt. Wie ein Sprecher der Anklagebehörde dem Bericht zufolge mitteilte, wird Rieger vorgeworfen, als Verteidiger Zündels den Völkermord an den Juden in der NS-Zeit selbst wiederholt öffentlich abgestritten oder verharmlost zu haben. Außerdem strebt die Staatsanwaltschaft für den bundesweit bekannten Hamburger Juristen und NPD-Funktionär ein Berufsverbot als Strafverteidiger an. Terminiert wurde der Prozess vor dem Mannheimer Landgericht bislang nicht. Wie dem auch sei, das Hamburger Bündnis gegen Rechts bereitet sich auf öffentliche Proteste vor und informiert die Leserinnen und Leser der Lokalberichte weiter in der nächsten Ausgabe. – kun

Aus: Lokalberichte Hamburg 20/2007

Reaktionen auf Moschee in Frankfurt / Hausen

FRANKFURT. Seit einigen Monaten kämpft eine Bürgerinitiative gegen den Bau einer Moschee im Frankfurter Stadtteil Hausen. Die islamische Hazrat-Fatima-Gemeinde möchte dort ein repräsentatives Gotteshaus errichten. Hiergegen wird Stimmung gemacht. Die nicht eben taufrischen rassistischen „REPpublikaner“ lechzen nach Aufmerksamkeit und einem Thema für den Landtagswahlkampf. Jetzt haben sie endlich eins, hoffen sie: „JA zum Minaretverbot“ tönen sie für den 20. Oktober hessenweit – zeitgleich zur jüngsten Forderung Edmund Stoibers, „Kathedralen müssen größer sein als Moscheen!“ Wer da wohl den längsten hat? Man will es gar nicht wissen. Sicher ist: „Moscheebauten erregen ganz Deutschland!“ Die REPs jedenfalls rufen zu einer „Veranstaltung mit Kundgebung“ am 20. Oktober nach Rüsselsheim auf. Die nächste Sitzung des Ortsbeirats 7 findet am Dienstag, 25. September statt. Ganz offenbar plant der Ortsbeirat in seiner Mehrheit von REPs, BFF, FDP, Grünen und CDU, trotz der gegenteiligen Auskunft des Stadtbauamts den Moscheebau über vorgeschoßene baurechtliche „Gründe“ zu stoppen.

Einen weiteren Weg schlägt Wolfgang Hübner (BFF) in mehreren Pressemitteilungen ein. Er möchte seit längerem, dass die Moschee „woanders“ gebaut werden soll. Zu diesem Zweck schießt er sich nun gegen den grünen Integrationsdezernenten Jean-Claude Diallo ein – wohl in der Hoffnung, gegen ihn ließe sich das „gesunde Volksempfinden“ am besten aufhetzen.

Es gibt taktische Widersprüche im Lager der Moscheebaugegner. Grüne und CDU im Römer werden es sich nicht er-

lauben können, ihren Dezernenten Di allo beschädigen zu lassen. Auch nicht von ihren Parteidreunden vor Ort.

Die Moscheebaugegner haben sichtbar ein Problem. CDU, FDP und Grüne werden sich etwas einfallen lassen müssen, um nicht in der von Hübner und der NPD besetzten Ecke des Rassismus zu landen. Gleichzeitig haben sie wenig inhaltlichen Spielraum. Denn die Äußerungen von Werner Buch (Stadtbauamt) zu den angesprochenen Fragen des Baurechts waren deutlich entlastend und zugunsten des Moscheebaus.

Klaus Willkomm-Wiemer, IG Metall Frankfurt und Mitglied der Anti-Nazi-Koordination schreibt als Beobachter des Ortsbeirats in einem Leserbrief an die FR zum Vorgehen von CDU, FDP, Grünen, REPs und BFF im Ortsbeirat:

Die Mehrheit des Ortsbeirats aus CDU, FDP, Bündnis 90/Die Grünen, BFF und REP sowie dem fraktionslosen Ortsbeiratsmitglied hat auf ihrer Sitzung unmittelbar nach der Moschee-Diskussion vom 18. September für vier Anträge gestimmt, die offensichtlich darauf zielen, den Bau der Fatima-Moschee zu verhindern. Inhaltlich geht es in diesen gegen die Stimmen von SPD und Die Linke beschlossenen Anträgen um angeblich mit der Nutzung der Moschee entstehende Verkehrs- oder Parkprobleme bzw. um den Versuch, den Bau der Moschee mit bau-

rechtlichen Argumenten zu verhindern. Das ist vor allem deshalb bemerkenswert, weil in der dreistündigen Diskussion unmittelbar vorher vom Vertreter des städtischen Bauamts überzeugend und deutlich dargelegt wurde, dass die Moschee am Fischstein verkehrsmäßig kein Problem darstelle und baurechtlich nicht zu beanstanden sei. Die Beschlussfassung lässt deutlich das zwanghafte Bemühen erkennen, Hindernisse gegen den Moscheebau zu finden, die nicht von vornherein als fremdenfeindlich gesehen werden. Dass dabei die Vernunft genauso auf der Strecke bleibt, wie eine demokratische Streitkultur, ficht die genannten Orts-



Hazrat Fatima e.V.

beiratsmitglieder offenkundig nicht an.

Von CDU, FDP, Bündnis 90/Die Grünen, BFF und dem Fraktionslosen wurde außerdem ein Antrag eingebracht, der insgesamt 14 Fragen mit Bezug zur geplanten Moschee an den Magistrat enthält. Die Fragen zielen zum großen Teil darauf ab, die Hazrat-Fatima-Zehra-Gemeinde bzw. ihre Sprecher zu diffamieren. Zum Beispiel, indem behauptet wird, der Moscheeverein habe „gegenüber Ortsbeirat und Stadtverordneten seit Monaten die Unwahrheit erzählt“. Zum Beispiel, indem versucht wird, den Moscheeverein in die Nähe einer für zwielichtig gehaltenen Organisation zu rücken, die angeblich „dem iranischen Vorbild eines totalitären Gottesstaates mit antisemitische ausgerichteter Prägung und Zielsetzung entspricht“. Alles in allem ein Sammelsurium von Scheinargumenten, ehrverletzenden und beleidigenden Behauptungen oder Vermutungen, die Herr Kaymakci in der Debatte vorher schon konkret widerlegt hatte.

Für den Fall, dass die oben erwähnte Mehrheit im Ortsbeirat 7 dieses unsägliche Dokument in der nächsten Sitzung am 25. September beschließt, darf man gespannt sein, wie sich der Frankfurter Magistrat mit seiner CDU-Mehrheit dazu verhält (siehe Kasten, Red. PB). – Zusammengestellt aus: <http://antinazi.wordpress.com>

Aus: Frankfurter Info 20/07

CDU, Grüne und FDP Hand in Hand mit rechten Demagogen: FRANKFURT. Zu dem am Dienstag, 25.9. gefällten Beschluss im Ortsbeirat 7, mit einem gemeinsamen Antrag von Bündnis 90/Die Grünen, Fraktionslos, CDU, FDP und BFF den Moscheebau in Hausen zu torpedieren, erklärt die Fraktion DIE LINKE im Römer: „CDU, Grüne und FDP betreiben ein doppeltes Spiel. Während die Römerfraktionen dieser Parteien ankündigen, man werde einen gemeinsamen Antrag einbringen, der sich für den Moscheebau in Hausen ausspreche, stimmen zeitgleich deren Vertreter im ORB 7 zusammen mit denen rechter Parteien (BFF und REPs) einem gegen teiligen Antrag zu. Die in dem Antrag enthaltenen Fragen zielen eindeutig darauf ab, den Bau einer Moschee als für die Bevölkerung nicht hinnehmbar darzustellen. Der Antrag enthält Dif-

famierungen der Hazrat-Fatima-Zehra-Gemeinde bzw. ihrer Sprecher und zahlreiche Behauptungen, die sich bei genauem Hinsehen als Halbwahrheiten oder Lügen herausstellen. Unterstellt wird, dass der Moscheeverein „gegenüber Ortsbeirat und Stadtver ordneten seit Monaten die Unwahrheit erzählt“ habe, ohne das auch nur mit einem Beispiel zu untermauern. Ferner wird in dem Antrag versucht, den Moscheeverein in die Nähe einer für zwielichtig gehaltenen Organisation zu rücken, die angeblich „dem iranischen Vorbild eines totalitären Gottesstaates mit antisemitische ausgerichteter Prägung und Zielsetzung entspricht“. Es ist ein unglaublicher Skandal, dass Vertreter der CDU, der Grünen und der FDP Hand in Hand mit den Vertretern rechter Parteien gemeinsame Sache machen.“

[www.dielinke-wasg-im-roemer.de](http://dielinke-wasg-im-roemer.de)

Vorrang für Klimaschutz: BOCHUM. DIE LINKE im Rat sieht für Bochum besonders die Stadtwerke mit ihrer Energiepolitik in der Verantwortung. „Die Stromproduktion durch Steinkohlekraftwerke produziert besonders viel klimaschädliches CO₂, nämlich doppelt so viel wie Gaskraftwerke“, erläutert Uwe Vorberg von der Linksfraktion, „trotzdem beteiligen sich die Stadtwerke an Neubauten für Kohlekraftwerke wie in Lünen. Das sehen wir kritisch.“ Mit einem Moratorium soll solchen Neubauten zeitlich befristet ein Riegel vorgeschoben werden. Die Linke im Rat fordert, dass bis Ende Januar 2008 keine weiteren Beteiligungen der Stadtwerke an Kohlekraftwerken vorbereitet werden. Diese Zeit soll nach Vorstellung der LINKEN dazu genutzt werden, eine Klimakonferenz in Bochum einzuberufen und deren Ergebnisse in die weiteren Entscheidungen einzubeziehen. „DIE LINKE hält den Einsatz von Kohlekraft weder unter ökologischen noch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten für zeitgemäß“, so Uwe Vorberg.

www.linke-bochum.de

Ökostrom für städtische Einrichtungen: NORDERSTEDT: Die Grüne Alternative Liste in Norderstedt (GALiN) hat für die Sitzung des Hauptausschusses am 1. Oktober 2007 einen Antrag gestellt, mit dem Ziel, die Stromversorgung der Stadt auf einen Ökostromtarif umzustellen. Ebenso werden die städtischen Gesellschaften aufgefordert, für ihre Bereiche regenerative Energien zu beziehen. Nach Auffassung der GALiN sind nur so die Klimaziele der Stadt Norderstedt, den CO₂-Ausstoß bis zum Jahr 2010 um 50 Prozent zu verringern, zu erreichen. Atomstrom, der im Strommix Norderstedt mit 51 Prozent verhältnismäßig hoch ist, sei keine Alternative, auch wenn dieser einen geringeren CO₂-Ausstoß verursache. Die Risiken beim Betrieb von Kernkraftwerken seien zu hoch und die Langzeitfolgen der Lagerung von radioaktivem Brennmaterial noch gar nicht abschätzbar, so die GALiN.

www.infoarchiv-norderstedt.org

Keine Produkte aus Kinderarbeit: GÖTTINGEN. Zu TOP 12 der Ratssitzung am 14. 9. stellte die Linke einen Antrag, der erreichen will, dass zukünftig bei Ausschreibungen durch die Stadtverwaltung nur noch Dienstleistungen und Produkte gekauft werden, die nachweisbar nicht mit ausbeuterischer Kinderarbeit (UNICEF und ILO-Kriterien) erbracht bzw. hergestellt wurden. Dieser Antrag greift zeitlich den Weltkindertag (20.9.) auf. Man mag glauben, dass Göttingen weit entfernt ist von Problemen mit ausbeuterischer Kin-

derarbeit. In einem Artikel in der Zeitung „Neues Deutschland“ wurde am 14. August dagegen verdeutlicht, dass Produkte aus Kinderarbeit sehr leicht nach Europa gelangen. Grund dafür ist die Ausschreibungspraxis, die stets die preiswerteste Lösung vorschreibe. Eine EU-Richtlinie aus dem Jahr 2004 lässt aber eine andere Vergabepraxis zu, so dass auch soziale Erwägungen berücksichtigt werden können. Bei der Erneuerung der Pflasterung in den Straßen und auf Plätzen zum Beispiel muss die Kommune auf eine Zertifizierung der Produzenten und Importeure achten, so will es der Rat der Stadt Göttingen. Unser Antrag wurde einstimmig beschlossen.

www.linkspartei-goettingen.de

die Subunternehmen vom Bau ausschließen, die die Gangstermethoden zu verantworten haben. Außerdem müssen stärkere Kontrollen durch EVW und IG BAU auf der Baustelle ermöglicht werden.“ Bilfinger Berger hat nach Informationen des Kreisverbandes DIE LINKE. Essen auf Hinweise zunächst gar nicht reagiert. Auch das Büro des Oberbürgermeisters wurde nicht tätig, obwohl es am Donnerstag von der IG BAU mit einem Fax informiert wurde. Die Stadtspitze hat erst über Bürgermeister Rolf Fliß (Bündnis 90/Die Grünen) eingegriffen und dafür gesorgt, dass die Bauarbeiter mit Essen versorgt wurden.

www.dielinke-essen.de

Fonds für bedürftige Burgdorfer Schüler: HANNOVER. Das LINKSBÜNDNIS fordert in einem Ratsantrag, einen Fonds für bedürftige Burgdorfer Schülerinnen und Schüler einzurichten. Der Antrag geht auf eine Initiative des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) zurück. Die mit der Einführung von Hartz IV vorgesehenen Regelsätze für Kinder von Arbeitslosen decken den Bedarf an Schulsachen bei weitem nicht. Berechnungen aus Oldenburg gehen von im Schnitt 100 Euro pro Jahr und Schüler aus, die fehlen. Die Stadt Oldenburg hat deshalb beschlossen, einen Schulfonds einzurichten. Gleicher gilt für Aurich und den Landkreis Leer. Den Fonds in Burgdorf könnten die Schulen direkt verwalteten. „Die Lehrer vor Ort wissen wahrscheinlich am besten, wo es bedürftige Familien gibt“, so Fleischmann.

www.die-linke-region-hannover.de

Rat fordert kommunales Wahlrecht für Nicht-EU-Bürger: KÖLN. Es wurde eine Resolution angenommen, die die Einführung eines kommunalen Wahlrechts auch für Ausländer aus Staaten außerhalb der EU fordert. Lediglich CDU und „Pro Köln“ stimmten dagegen. Erfreulich ist, dass Oberbürgermeister Schramma im Gegensatz zu seiner Fraktion dafür stimmte und sich damit in eine Reihe mit prominenten CDU-Mitgliedern stellt. So unterstützen Frankfurts Oberbürgermeisterin Petra Roth und die ehemalige Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth diese Forderung. Bisher dürfen nur Deutsche und EU-Bürger bei den Kommunalwahlen mitwählen. Dieses Recht auf alle seit fünf Jahren hier lebenden Ausländer auszuweiten, ist eine aktuelle Forderung der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen in NRW (LAGA).

www.die-linke-koeln.de

Für Sklavenarbeit verantwortliche Firmen vom Bau ausschließen: ESSEN. Für einen Skandal hält der Kreisvorstand DIE LINKE. Essen die Tatsache, dass auf der Baustelle des Einkaufszentrums Limbecker Platz Wanderarbeiter aus Rumänien und Polen für Stundenentgelte von 1,48 Euro eingesetzt wurden. Er setzt sich für schnelle, unbürokratische Hilfe auch durch die Stadt Essen, für den Ausschluss der für den Skandal verantwortlichen Subunternehmen vom Bau und einen ständigen Zugang für den Europäischen Verband der Wanderarbeiter (EVW) und die IG BAU als zuständige Gewerkschaft ein. „Ausgerechnet beim Bau eines der größten Konsumtempels Europas mussten Bauarbeiter tagelang hungern, weil ihnen Lohnzahlungen vorenthalten wurden. Das ist moderne Sklaverei, die nicht hingenommen werden kann“, so Cornelia Seltmann, Sprecherin des Kreisverbandes DIE LINKE. Essen. „Es reicht nicht, wenn Bilfinger Berger als Generalunternehmer jetzt Kroko-dilstränen heult. Der Baukonzern muss

Städte fordern angemessene Beteiligung des Bundes: KREIS BORKEN. Der Deutsche Städtetag wendet sich gegen die Pläne des Bundes, seine Kostenbeteiligung an der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung halbiieren zu wollen. Gerade vor dem Hintergrund stark steigender Zahlen der Grundsicherungsempfänger müsse der Bund einen angemessenen Teil der Kosten tragen. Ein Gesetzentwurf des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales sieht vor, den festen Bundesanteil in eine prozentuale Beteiligung umzuwandeln, wobei jedoch die künftige Höhe umstritten ist. Inzwischen beziehen mehr als 600.000 Menschen von den Kommunen Grundsicherungsleistungen im Alter und bei Erwerbsminderung. Seit Einführung im Jahre 2003 haben sich die Kosten dafür verdoppelt und liegen bei knapp 3 Mrd. Euro. Bis-her beteiligt sich der Bund mit 409 Mio. Euro, will aber den Betrag auf 180 Mio. Euro senken. www.kommunale-info.de

(Zusammenstellung: ulj)

Krankenjagd und Datenschutzverstöße verursachen „Klimakatastrophe“ im Werk Untertürkheim

Ständige Leistungsverdichtung. Ein Projekt jagt das andere ... Anstatt den Schwerpunkt auf die Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu legen, wird unter dem Deckmantel der Fürsorgepflicht bei nahezu jedem Krankenfall hinterher geschnüffelt. Wer in den Augen der Vorgesetzten so genannte „auffällige Fehlzeiten“ aufweist, wird zum Kandidat am runden Tisch. Dort wird dann meist ohne Wissen der Betroffenen und ohne Rücksicht auf den Datenschutz der Inhalt von Rückkehrgesprächen samt Krankheitssymptomen und -diagnosen in großer Runde offen gelegt.

Gegen diese Datenschutzverstöße haben wir in der Vergangenheit schon mehrfach öffentlich protestiert. Allerdings sind wir damit bei der Werkleitung scheinbar auf taube Ohren gestoßen. Deshalb haben wir bei der zuständigen Aufsichtsbehörde im Innenministerium Baden-Württemberg offiziell Beschwerde eingelegt. Dort wurde nun das Untersuchungsverfahren eröffnet.

Klare Rechtsvorschriften: Beim so genannten Krankenrückkehrgespräch erhält der Vorgesetzte oftmals vertrauliche Informationen über die Art der Erkrankung, weitere medizinische Prognosen oder sehr persönliche private Lebensumstände. Hierzu steht im Bundesdatenschutzgesetz: Die Erhebung, Verarbeitung und Nutzung personenbezogener Daten sind nur zulässig, ... soweit der Betroffene eingewilligt hat. Die Einwilligung bedarf der Schriftform... Der Betroffene ist über Zweck der Erhebung, Verarbeitung oder Nutzung und die Kategorien von Empfängern ... zu unterrichten.

Die Verstöße im Einzelnen: 1. Bei allen von uns untersuchten Fällen wurde

keine schriftliche Einwilligung der Betroffenen eingeholt. 2. Die sensiblen personenbezogenen Daten wurden ohne Wissen der Betroffenen verarbeitet (gespeichert und an die Teilnehmer am runden Tisch weitergegeben.)

Dort finden sich dann die hoch vertraulichen Daten in einer Excel-Tabelle wieder: Die Krebserkrankung des einen Kollegen ist dort genauso aufgeführt, wie die psychische Krankheit des anderen Kollegen, der unter familiären und finanziellen Problemen leidet.

Wenige Einzelfälle? Nein, wir müssen feststellen, dass es sich vom Rückkehrgespräch bis zum „Runden Tisch Gesundheit + Leistung“ um eine in höchstem Maße standardisierte Krankenstandsverfolgung handelt. Ab einer vom Personalbereich willkürlich festgelegten Anzahl Kranktage oder Krankenfälle wird ein Beschäftigter automatisch „Kandidat“ am runden Tisch. Außerdem kommen noch die „Kandidaten“ der Führungskräfte hinzu. Durch die ständig aktualisierte Darstellung des Krankenstandes und streng vorgegebene Krankenstandsziele werden die Meister unter Druck gesetzt...

Krankenjagd von ganz oben: Die entlarvenden Aussagen unserer Topmanager beweisen, wer die wahren Täter sind. Zitat von Herrn Kasper (Centerleiter PAC) von letzter Woche: „Wir müssen mit den Leuten reden, um ihnen helfen zu können und außerdem müssen wir diejenigen, die auf Kosten der Firma leben mit konsequenter Nachverfolgung bis zum Gerichtsurteil aus der Firma rauskriegen.“

Schwarze Personalakten: Des Weiteren bestehen eindeutige Verstöße bei der Führung der Personalakten. Hierzu sagt

das Gesetz: Personalakte ist jede Sammlung von schriftlichen Unterlagen über einen bestimmten Arbeitnehmer... Dem Arbeitnehmer ist dabei in allgemeiner Form lesbar und entschließt Auskunft darüber zu erteilen, welche Daten über ihn gespeichert werden und an wen sie übermittelt worden sind... Auch Sonder- und Nebenakten, persönliche Aufzeichnungen des Vorgesetzten sowie Unterlagen des Werksschutzes gehören zur Personalakte. Wenn es Neben- oder Sonderakten gibt, muss die Personalakte einen Hinweis darauf enthalten. Entscheidend ist nicht, was der Arbeitgeber als Personalakte bezeichnet. Maßgebend ist vielmehr der sog. materielle Begriff der Personalakte (BAG, AuR 81, 124).

Die Führung von Geheimakten, wie sie die Aufschreibe der Vorgesetzten und die „Runden-Tisch-Protokolle“ darstellen, ist demnach unzulässig und im höchsten Maße gesetzeswidrig!

Mehr Luft zum Leben: Mit der Heraufsetzung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre wurde unsere „Wegstrecke“ verlängert. Als passionierter Marathonläufer müsste unser Werkleiter eigentlich wissen, dass man das Tempo herausnehmen muss, wenn man bei verlängerter Strecke ans Ziel kommen will. Das Gegenteil ist der Fall: Das Arbeitstempo wird rasant verschärft – jeder bekommt das zu spüren! KollegInnen die sich nach jahrelanger harter Arbeit die Gesundheit ruiniert haben, werden zum „Kandidat“ am „Runden Tisch Gesundheit und Leistung“ als „Fall bearbeitet“. Diese Vorgehensweise muss nicht nur wegen der eklatanten Datenschutzverstöße unverzüglich abgestellt werden! Wir brauchen keine „Bundesligatabelle über Fehlzeiten“, sondern einen Wettbewerb um die gesündesten Arbeitsbedingungen: Mehr Luft zum Leben und Überleben im Arbeitsleben!

Aus: Kommunale Berichte Stuttgart 20/07



Dank von Michael Csaszkozy

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Genossinnen und Genossen, liebe Kolleginnen und Kollegen,

liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter gegen das Berufsverbot, unser über dreieinhalbjähriger gemeinsamer Kampf gegen mein Berufsverbot ist nun tatsächlich erfolgreich gewesen. Seit zwei Wochen unterrichte ich wieder an einer Realschule. Viel Zeit zum Feiern blieb bislang noch nicht, obwohl wir allen Grund dazu hätten. In den letzten

Wochen musste ich mich nicht nur mein ganzes Leben von Grund auf umstellen, es bleibt auch einiges aus den letzten dreieinhalb Jahren zu verdauen, das noch eine ganze Weile nachwirken wird. Und dennoch: Wir haben einen großartigen Sieg für Meinungsfreiheit, Demokratie und Grundrechte errungen! Der massive Vorstoß der Kultusministerien Baden-Württembergs und Hessens zur Wiederbelebung der Berufsverbote ist kläglich gescheitert. Die Inlandsgeheimdienste, deren Benennung als „Verfassungsschutz“ angesichts ihrer Praxis kaum anders denn als zynisch und grotesk bezeichnet werden kann, haben einen dringend notwendigen Dämpfer erhalten.

Ich möchte allen ganz herzlich danken, die das Solidaritätskomitee und mich in den letzten Jahren unterstützt

haben, die Öffentlichkeitsarbeit gemacht haben, die demonstriert haben, sich an der 1000-Stimmen-Aktion beteiligt haben, Artikel und LeserInnenbriefe geschrieben haben und die nicht zuletzt mir das Gefühl gegeben haben, in meinem Kampf nicht allein zu stehen. Ohne Eure Solidarität, Eure Anteilnahme und Eure Unterstützung hätte ich nicht durchhalten können. Ihr habt bewiesen, dass Solidarität kein leeres Wort ist, sondern ein Faktor, mit dem unsere Gegnerinnen und Gegner zu rechnen haben werden.

Mein Dank gilt nicht nur der GEW und der Roten Hilfe, ohne die der Kampf gegen das Berufsverbot zum Scheitern verurteilt gewesen wäre. In der Solidaritätsbewegung haben sich Menschen und Gruppen ganz unterschiedlicher politischer Herkunft zusammengefunden.

Rechtswidriger Einsatz von Ein-Euro-Kräften im Würzburger Bürgerspital

WÜRZBURG. Die Vorsitzende des ver.di Bezirkserwerbslosenausschusses Würzburg-Aschaffenburg, Belinda Brechbiller, hat sich in einem offenen Brief an Würzburgs OB Frau Beckmann gewandt. In ihrem Schreiben fordert die Gewerkschafterin die CSU-Politikerin dazu auf, den unrechtmäßigen Einsatz von Ein-Euro-Beschäftigten im Bürgerspital zu unterlassen. Wir dokumentieren den Brief der Würzburgerin, die auch Mitglied im ver.di Bundeserwerbslosenausschuss in Berlin ist.

Sehr geehrte Frau Dr. Beckmann, wie ich recherchiert habe, setzen Sie Ein-Euro-Kräfte in unrechtmäßiger Weise in der Pflege in den Altenheimen des Bürgerspitals ein. Mit der Einführung des SGB II kann den Beziehern des Arbeitslosengeldes II eine Arbeitsgelegenheit mit Mehraufwandsentschädigung (ein so genannter Ein-Euro-Job) zugewiesen werden. Dabei soll es sich dem Gesetz zufolge um im öffentlichen Interesse liegende und zusätzliche Arbeit handeln. Ein-Euro-Jobs dürfen sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze nicht verdrängen oder beeinträchtigen. Beim Einsatz von Ein-Euro-Kräften in Alten- und Pflegeheimen legt die Bundesagentur für Arbeit strenge Maßstäbe an. So ist eine „strikte Abgrenzung und Trennung zwischen den erwerbswirtschaftlich ausgerichteten Tätigkeiten und den Arbeitsinhalten der Zusatzjobs“ gefordert. „Vorstellbar sind im Pflegebereich etwa zusätzliche Aktivitäten in der Freizeitgestaltung oder Einkaufsbegleitung, mithin nur solche Tätigkeiten, die über die allgemeinen und über den Pflegesatz finanzierten Pflegeleistungen hinausgehen“.

Sie setzen die Ein-Euro-Kräfte jedoch in der Pflege ein, so zum Beispiel zur Hilfe beim Essen und in der Grund-

pflege. Das verstößt gegen die Grundsätze des SGB II und ist verboten. Die Beweggründe für diesen gesetzeswidrigen Einsatz der Erwerbslosen ist ein angeblicher Pflegenotstand. Ein Hohn, angesichts einer Vielzahl von erwerbslosen bzw. Arbeit suchend gemeldeten Fachkräften wie Altenpfleger und Krankenschwestern, die verzweifelt in Würzburg eine Anstellung suchen. Ja, der angebliche Pflegenotstand könnte Sie sogar in Zukunft zwingen, Leiharbeiter zu beschäftigen. Hier wird doch offensichtlich, es geht um die Senkung der Lohnkosten und Sie setzen auf die „Billigpflege“. Und wer muss dafür bezahlen? Die Bewohner Ihrer Altenheime, die sich von überwiegend nicht qualifizierten Ein-Euro-Kräften oder in Zukunft von schlecht bezahlten Leiharbeitern pflegen lassen müssen.

Die Ein-Euro-Kräfte stellen zum Teil schon länger als 18 Monaten unbezahlt und ohne Hoffnung auf eine feste Anstellung ihre Arbeitsfähigkeit und ihren guten Willen unter Beweis. Ein Unding, üblicherweise soll die Einsatzdauer nur 6 Monate betragen. Die erwerbslosen Fachkräfte, die jetzt an Leiharbeitsfirmen vermittelt werden, sollen dann, dank christlicher Gewerkschaften, für etwa 6 Euro die Stunde, ohne Aussicht auf Festanstellung und jederzeit kündbar, also ohne jegliche Zukunftsperspektive, in Ihren Altenheimen arbeiten. Mir scheint, nicht die Eingliederung von Erwerbslosen ist das Ziel, sondern die Ausgliederung von tariflich Beschäftigten. ... Hiermit fordere ich die ARGE Würzburg auf, diesem Missbrauch von Ein-Euro-Kräften Einhalt zu gebieten und ihre Kontrollaufgaben wahrzunehmen.

Aus: Nachrichten und Stadtpunkte, 9/07, Schweinfurt, gekürzt

den, um ungeachtet aller Differenzen gemeinsam zu streiten: GewerkschafterInnen, Autonome Antifas, MenschenrechtsaktivistInnen, KommunistInnen, Friedensbewegte, SozialistInnen und nicht zuletzt viele Menschen, die sich gar keiner politischen Richtung zuordnen würden, sondern die sich einfach trotz der trostlosen herrschenden Normalität ihren Sinn für Recht und Unrecht bewahrt haben. Ihr alle habt mir immer wieder Hoffnung gemacht in einer gesellschaftlichen Realität, die zu hoffnungsroher Zuversicht all zu selten Anlass gibt.

Ich möchte Euch bitten, weiter wachsam und aktiv zu bleiben, wo staatliche Repression emanzipatorische Bewegungen im Keim zu ersticken droht und Grundrechte mit Füßen getreten werden. Nicht zuletzt möchte ich Euch bit-

ten, auch im Kampf gegen Berufsverbote nicht nachzulassen. Noch bestehen die Gesetze, die solche absurd Verfahren wie meines erst möglich machen, noch immer sind die vielen, vielen Berufsverbotsbetroffenen aus den 1970er und 1980er Jahren nicht rehabilitiert, geschweige denn entschädigt.

Erst wenn eine wirkliche und grundsätzliche Aufarbeitung des Unrechts, das mit den Berufsverboten verbunden war und ist, wird die Grundlage solcher antideokratischen Repressionsmaßnahmen in Frage gestellt werden können. Ich hoffe weiterhin mit Euch im Kampf gegen Faschismus, Krieg und Grundrechtsabbau verbunden zu bleiben.

Herzliche rote Grüße an Euch alle! Michael Csaszkóczy

Aus: Kommunalinfo Mannheim 20/07

Arbeitgeberverbände attackieren Nachtflugverbot . FAZ, Frei.

21.9.07. Bundesverkehrsminister

W.Tiefensee wies auf die elementare Bedeutung des Frankfurter Flughafens für die deutsche Volkswirtschaft hin. Für den Fall, dass ein absolutes Nachtflugverbot für die Zeit zwischen 23 und 5 Uhr vorgesehen werde, hat das Ministerium „vorsorglich darauf hingewiesen, dass es nicht ausgeschlossen sein kann, dass der Bund bei der Prüfung des Beschlusses sein Bundesinteresse an einem nächtlichen Flugbetrieb erklärt“. Seit längerem gibt es Streit darüber, in welchem Umfang Ausnahmen möglich sind – wie z. B. bei Notfällen oder Verspätungen. 15 Ausnahmen pro Nacht stehen bereits im Raum. Der BDI, der DIHT und andere Verbände hatten Anfang September erklärt, ein komplettes Nachtflugverbot beschädige die Wettbewerbsfähigkeit der exportierenden Wirtschaft irreparabel.

Nettoeinkommen auf dem Stand von vor 20 Jahren. FAZ, Die. 25.9.07. Die Netto-Realeinkommen sind – gemäß Statistischem Bundesamt – mit 15 845 Euro auf den niedrigsten Stand seit 20 Jahren gesunken. Verantwortlich für die schlechte Entwicklung der Nettolöhne waren neben dem stärkeren Anstieg der Lebenshaltungskosten als der Löhne die steigenden Abzüge vom Bruttolohn. Arbeitsminister F. Müntefering wies jedoch die Schlussfolgerung zurück, der Staat greife den Bürgern dreister in die Tasche: die Nettoquote (Verhältnis zwischen Netto- und Bruttolohn) sei seit zehn Jahren stabil geblieben. Die Löhne dagegen seien nur langsam um 4,5 % gestiegen, während der Anteil der Unternehmens- und Vermögenseinkommen sich am Volkseinkommen um 42 % erhöht habe. Daher sollte die Lohnentwicklung „wieder mehr von der guten wirtschaftlichen Entwicklung profitieren“. Arbeitgeberpräsident D. Hundt mahnte dagegen eine Fortsetzung der moderaten Tarifpolitik an. „Eine Kompensation für die steigende Steuer- und Abgabenlast hat in einer beschäftigungsorientierten Lohnpolitik nichts zu suchen.“

BDI verfasst Klimastudie. FAZ, Mi.

26.9.07. BDI-Präsident J.Thumann will mit der BDI-Studie der Regierung eine Handhabe geben, die Kosten der Klimaschutzprogramme zu berechnen. Die Studie kommt zu dem Ergebnis, eine Reduzierung des Kohlendioxid-Ausstoßes um 30 % bis 2020 sei wirtschaftlich vertretbar, eine Reduzierung um 40 % jedoch nur akzeptabel, wenn die Atomkraftwerke länger liefern. Das Umweltministerium lobte „interessante Ansätze und Überlegungen“ in der Studie, wies aber den Vorschlag zurück, die Restlaufzeiten der Atomkraftwerke zu verlängern. Presseauswertung: rst

Zum Tode des Ehrenpräsidenten des Internationalen Auschwitz Komitees Kurt Julius Goldstein erklärt DIE LINKE:

1930 trat Kurt Goldstein in die KPD ein. Im November 2004 sprach er auf dem Parteitag der PDS in Potsdam: „Gerade wir sind zur politischen Auseinandersetzung mit den Wurzeln des Faschismus verpflichtet. Gerade von uns wird erwartet, daß wir der sozialen Demagogie der Rechten den ernsthafte Kampf um soziale Rechte entgegensetzen. Mit uns gibt es weder Geschichtsrevisionismus noch eine Schlussstrichmentalität.“

Kurt Goldstein wurde als Jude, als Kommunist schon zu Beginn der 30er Jahre verfolgt. 1933 floh er nach Luxemburg, arbeitete in Frankreich, ging 1935 nach Palästina. Er kämpfte bei den Interbrigaden in Spanien. Heute ist er Ehrenbürger Spaniens. Nach der deutschen Besetzung Frankreichs wurde er ausgeliefert. Zwangsarbeit in den Kohlengruben von Jawischowitz, Auschwitz, der „Todesmarsch nach Buchenwald“ – Kurt Julius Goldstein hat die Verbrechen des Nationalsozialismus überlebt.

„Wir sind die letzten – fragt uns.“, heißt die Dokumentation seiner Reden und Schriften. Danach hat er nach der Befreiung vom Hitlerfaschismus gelebt, als Journalist, als Zeitzeuge, als Widerstandskämpfer gegen aufkeimenden Antisemitismus und Neofaschismus.

Wir trauern um einen großartigen Menschen, um unseren Genossen Kurt Goldstein. Wir werden sein Engagement in vielen internationalen Organisationen, als Ehrenvorsitzender der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/ Bund der Antifaschisten in Erinnerung halten, seine Mahnung gegen Krieg und seine Hoffnung für eine menschliche Gesellschaft weitertragen.

Lothar Bisky, Gregor Gysi, Oskar Lafontaine, Hans Modrow, Petra Pau

DIE LINKE und KSCM (Kommunistische Partei Böhmens und Mährens) vertiefen Zusammenarbeit im Ständigen Forum der europäischen Linken der Regionen (SFEL-R)

Zur gemeinsamen Beratung des Koordinierungsrates des Ständigen Forums der europäischen Linken trafen sich am Sonntag Vertreter der KSCM und der Landesverbände der LINKEN Brandenburgs und Sachsen in Bautzen. Dazu erklärte das Mitglied des sächsischen Landesvorstandes Heiko Kosek:

Die Zusammenarbeit der Parteien DIE LINKE und KSCM soll weiter vertieft und vor allem fester in der Basis verwurzelt werden. Das seit 15 Jahren bestehende Ständige Forum der euro-

päischen Linken der Regionen (SFEL-R), das bisher vor allem von Vertretern Brandenburgs und Mittelböhmens getragen wurde, will und kann aufgrund seiner Erfahrungen und Strukturen das Tätigkeitsgebiet auf die grenznahen Gebiete Tschechiens und Sachsen ausweiten.

In den vergangenen Jahren hat sich auch in Sachsen viel Neues an Zusammenarbeit entwickelt, was insgesamt einen tragfähigen Boden für noch intensivere Kooperation ergibt. Die Zusammenarbeit erstreckt sich bisher in unterschiedlicher Intensität auf drei wesentliche Bereiche: die Zusammenarbeit der Fraktionen der Regionalparlamente Tschechiens, Polens, Brandenburgs und Sachsen auf der Grundlage des Kooperationsvertrages vom Juni 2004, die traditionelle, oft bereits vor der politischen Wende gepflegte Zusammenarbeit der Parteistrukturen in den Kommunen und die Zusammenarbeit, die sich durch das Wirken des SFEL-R weit über die Grenzregionen hinaus entwickelt hat und an dessen Veranstaltungen bisher auch schon Genossinnen und Genossen aus Leipzig oder Ost Sachsen teilgenommen haben.

Nun sind Möglichkeiten, aber auch Notwendigkeiten herangereift, die Zusammenarbeit weiter zu entwickeln. Klar dürfte sein, dass dies vor allem in der Basis der Parteien geschehen muss, soll es fest verwurzelt sein. Dafür bieten auch solche Formen wie das „Treffen der Freunde“, von den linken Parteien in der Sächsischen Schweiz, im tschechischen Decin und slowakischen Ružomberok initiiert, ein beredtes Beispiel.

Gerade die Vielfalt und Buntheit der Begegnungen und Zusammenarbeit macht deren Wirksamkeit aus, erfordert aber auch eine entsprechende Koordinierung. Thomas Nord, der Landesvorsitzende der Partei DIE LINKE Brandenburg, verwies in Bautzen darauf, dass die Bedürfnisse, sich auszutauschen, sich bei weiterer Entwicklung der Zusammenarbeit spezialisieren werden. In diesem Sinne seien solche Formen wie das SFEL-R „eine Brücke, über die man aufeinander zugehen“ könne. Die Vertreter des Regionalverbandes Oberlausitz sowie des Kreisverbandes Bautzen der Partei DIE LINKE begrüßten die Initiative.

Die LINKE in Hessen war nach dem Debakel nach der Gründungskonferenz – der gewählte Spitzenkandidat trat nach kurzer Zeit aufgrund erheblichen Gegenwindes nicht zuletzt aus der Fraktionsführung zurück – in den Umfragewerte von 5 auf 4% abgesackt. Nach der neusten Forsa-Umfrage vom 26.9. liegt sie wieder bei 5%. Auf ihrem zweiten Landesparteitag verabschie-

deten die Delegierten der Partei DIE LINKE. Hessen einstimmig ihr Programm für die Landtagswahl 2008.

Willi van Ooyen, Platz 1 der hessischen Landesliste: „DIE LINKE wird im Januar nächsten Jahres in den Landtag einziehen. Nicht nur die Meinungs umfragen sehen uns im Landtag, sondern vor allem der Zuspruch, der uns in den letzten Wochen von Bürgerinnen und Bürgern, aber auch aus Gewerkschaften, sozialen Initiativen und Verbänden erreicht, macht mich sicher, dass wir als Fraktion in den Landtag einziehen werden.“

„Hessen braucht einen Politikwechsel für soziale Gerechtigkeit. Dass 130.000 Kinder und Jugendliche unter 15 Jahren in Hessen in Hartz IV leben müssen und täglich nur 2,63 Euro für Lebensmittel zur Verfügung haben, ist in einem so reichen Land eine Schande. Das muss aufhören. Wir wollen die Ära Koch beenden. Ein gutes Ergebnis für DIE LINKE in Hessen wäre zugleich ein Durchbruch für eine soziale Politik in ganz Deutschland.“

Den Delegierten des SPD-Parteitages, der zeitgleich wenige Kilometer entfernt in der Wiesbadener Stadthalle tagte, gab van Ooyen zu bedenken:

„Der ‚demokratische Sozialismus‘, den die SPD neuerdings wieder für sich entdeckt, ist mit Hartz IV, mit weltweiten Kriegseinsätzen und Steuergeschenken an die Reichen nicht zu vereinbaren. Die SPD muss sich entscheiden, entweder ‚demokratischen Sozialismus‘ oder ‚Agenda 2010‘. Links Blitzen und rechts Abbiegen funktioniert im hessischen Landtagswahlkampf nicht, denn: Es gibt eine glaubwürdige soziale Alternative.“

Van Ooyen begrüßte die Wahlkampf Forderungen des DGB und stellte eine weitgehende Übereinstimmung mit den Vorschlägen der Partei DIE LINKE fest.

Unter dem Motto „Für soziale Gerechtigkeit in Hessen: DIE LINKE – Menschen vor Profite“ verabschiedete DIE LINKE ein detailliertes landespolitisch Programm, in dem sie sich zur Sozialpolitik, zur öffentlichen Daseinsvorsorge, zur Bildungspolitik, zum Klima- und Umweltschutz und zur umfassenden Demokratisierung des Landes festlegt. Das Programm ist durchgerechnet und finanziert.

Den Beratungen des Landesparteitages waren Diskussionen mit hessischen Sozialinitiativen und -verbänden, Gewerkschaftern, der Friedensbewegung, Schülern und Studierenden, Seniorinnen und Senioren sowie Umweltorganisationen vorangegangen. „Wir werden ihre Forderungen im Wahlkampf aufgreifen und im Landtag vertreten“, so van Ooyen abschließend.

Zusammenstellung: jöd

„Die afghanische Regierung ist die korrupteste und unpopulärste der Welt“

Die USA haben den Fundamentalismus nach Afghanistan zurückgebracht

von Malalai Dschoja

Im Folgenden dokumentieren wir eine Rede, die am 10. April 2007 an der Universität Los Angeles (USA) gehalten wurde. Die Rednerin, Malalai Dschoja, ist mit 28 Jahren die jüngste und freiheitigste Abgeordnete des afghanischen Parlaments. Sie scheute sich nicht, offen die von den USA unterstützten Warlords zu kritisieren, die das Parlament beherrschen. Vier Mordversuchen hat sie überlebt. Der Dokumentarfilm über sie, „Enemies of Happiness“, gewann den Preis der Großen Jury beim Sundance Film Festival 2007. Malalai Joya absolvierte eine kurze Vortragsreise durch die USA. Nach Kabul zurückgekehrt, organisierten die Warlords und Drogenbarone ein Kesseltreiben gegen sie. Es gipfelte darin, dass eine große Mehrheit des Parlaments sie am 21. Mai 2007 für drei Jahre aus dem Parlament ausschloss. Außerdem wandte sich die Parlamentsmehrheit an das höchste Gericht mit der Bitte, ein Verfahren gegen Malalai Joya einzuleiten. Das Innenministerium schränkte ihre Bewegungsfreiheit ein; so darf sie z.B. das Land nicht mehr verlassen. Mehr Informationen auf ihrer Website: www.malalaijoya.com

Der folgende Text ist eine deutsche Übersetzung einer Aufzeichnung der Rede von Malalai Dschoja, Mitglied des afghanischen Parlaments, gehalten an der Universität Los Angeles am 10. April.

Im Namen von Demokratie und Frieden!

Liebe Freundinnen und Freunde, zunächst möchte ich Ihnen meine tiefe Verbundenheit und meinen Dank dafür aussprechen, dass Sie mir Gelegenheit geben, hier zu reden und meine Ansichten zu äußern, und dass ich Sie über die fortdauernde Tragödie in meinem weinenden Afghanistan unterrichten darf.

Während die Demokratiebefürworter und Antifundamentalisten in Afghanistan an den Rand gedrängt, unterdrückt und zum Schweigen gebracht werden, haben Sie mir die Hand gereicht, mir als einer schwachen Stimme meines leidenden Volkes, um über die Krise in Afghanistan und die fürchterlichen Lebensverhältnisse seines Volks zu sprechen. Damit helfen Sie, die Aufmerksamkeit auf die Vorgänge in meinem zerstörten Land zu richten.

Verehrte Freunde, über fünf Jahre sind jetzt seit dem von den USA angeführten Angriff auf Afghanistan vergangen. Viele von Ihnen kennen möglicherweise nicht die gegenwärtigen Zustände in meinem Land und erwarten von mir, dass ich all die positiven Entwicklungen der letzten Jahre seit dem Einmarsch der USA aufliste. Leider muss ich Ihnen sagen, dass Afghanistan immer noch in den Ketten fundamentalistischer Kriegsherren liegt und wie ein bewusstloser Körper seinen letzten Atemzug tut.

Die US-Regierung hat das ultrareaktionäre und brutale Regime der Taliban besiegt. Statt sich aber auf das afghanische Volk zu stützen, hat sie uns vom Regen in die Traufe gestürzt und ihre Freunde unter den schmutzigsten und berüchtigtesten Kriminellen der „Nordallianz“ gesucht, in der sich geschworene Feinde von Demokratie und Menschenrechten versammelt haben, und die nicht weniger übelgesinnt, böse und grausam sind wie die Taliban.

Die westlichen Medien sprechen von Demokratie und der Befreiung Afghanistans. Stattdessen sind die USA und ihre Verbündeten damit beschäftigt, unser verwundetes Land in ein Land der Kriegsherren, der Verbrecher und der Drogenbarone zu verwandeln.

Jetzt sind die Führer der Nordallianz die entscheidenden Machtinhaber, und unser Volk ist eine Geisel in den Händen dieser rücksichtslosen Killerbande. Viele von ihnen sind verantwortlich für das Abschlachten von Zehntausenden unschuldiger Menschen in den vergangenen zwei Jahrzehnten, und doch sind sie an der Macht und nehmen wichtige Regierungsämter ein.

Lassen Sie mich einige der wichtigsten Machtinhaber Afghanistans aufzählen:

- Karim Chalili, stellvertretender Präsident, ist Chef einer proiranischen Partei namens Wahdat, verantwortlich für die Tötung von Tausenden unschuldigen Menschen, und wird von „Human Rights Watch“ als Kriegsverbrecher bezeichnet.
- Ismael Chan, ein weiterer Killer-Warlord und Lakai des iranischen Regimes, ist Minister für Wasser und Energie.
- Izzatullah Wasifi, Afghanistans Antikorruptionschef, ist ein verurteilter Drogenhändler, der rund vier Jahre in den USA im Staatsgefängnis von Nevada gesessen hat.
- General Mohammed Daoud, Afghani-

stans stellvertretender Innenminister, zuständig für die Drogenbekämpfungspolitik, ist ehemaliger Kriegsherr und bekannter Drogenhändler.

- Raschid Dostum, Stabschef der afghanischen Armee, ist ein kaltblütiger Mörder und Warlord und wird von „Human Rights Watch“ als Kriegsverbrecher bezeichnet.
- Qasim Fahim, ehemaliger Verteidigungsminister und heute Senator und Berater von Herrn Karsai, ist der mächtigste Kriegsherr der Nordallianz und wird beschuldigt, Kriegsverbrechen begangen zu haben.

Auf dieser Liste stehen Hunderte von Männern, einschließlich Sajjaf, Ulomi, Golabsoi, Rabbani, Kanuni, Mohakik, Mullah Rocketi usw. Sie sollten alle aus ihren Ämtern entfernt und vor ein Kriegsverbrechertribunal gestellt werden. Im Grunde sind alle Hauptinstitutionen in Afghanistan mit Kriegsherren und Drogenbaronen besetzt. Wie können wir über Demokratie reden, wenn unsere Legislative, Judikative und Exekutive von dem Virus des Fundamentalismus und der Drogenmafia befallen sind?

Viele freiheitsliebende Einzelpersonen und Gruppierungen in Afghanistan haben schon vor langer Zeit gewarnt, dass es gefährlich wird für Afghanistan, wenn die US-Regierung die kriminelle Nordallianz wieder an die Macht bringt. Heute gehen fast alle Regierungen und Weltorganisationen davon aus, dass Afghanistan ein „failed state“, ein gescheiterter Staat ist, der auf eine Katastrophe zustrebtt.

Die Afghanen haben die jetzige Situation mehr als satt, und mit jedem Tag wenden sie sich mehr gegen die Regierung, die ausländischen Truppen und die Kriegsherren. Und die Taliban nutzen das aus, um ihren Einfluss zu erhöhen und noch mehr Terrorakte zu begehen. Länder wie Pakistan, Iran, Russland usw. mischen ebenfalls in Afghanistan mit, um ihre eigenen Interessen zu verfolgen.

In einem kürzlich veröffentlichten Bericht des US-amerikanischen „Center for Strategic and International Studies“ heißt es: „Die Afghanen sind frustriert über ihre wirtschaftliche Lage ... Sie leiden unter unsteter Beschäftigung und wirtschaftlicher Unsicherheit, und wenden sich unerlaubter und illegaler Aktivität zu wie Korruption und Opiumproduktion ... die Taliban sind zu einer alternativen Beschäftigungsquelle geworden und rekrutieren die Arbeits-

losen als Fußsoldaten für ihren Aufstand.“

Zur Lage der Frauen in Afghanistan

Wenn in solch einer Situation eine Killerbande an der Macht ist, kann es natürlich kein leichtes Leben für unser unglückliches Volk geben. Ich möchte Ihnen gerne die Lebensrealität in meinem blutenden Afghanistan beschreiben – nur die Spitze des Eisbergs:

Siebenhundert Kinder und 50 bis 70 Frauen sterben täglich auf Grund mangelnder Gesundheitsversorgung. Die Kinder- und Müttersterblichkeit ist immer noch sehr hoch – 1.600 bis 1.900 von 100.000 Frauen sterben bei der Entbindung. Die Lebensorwartung liegt unter 45 Jahren.

Die Zahl der Selbstmorde unter afghanischen Frauen war nie so hoch wie heute. Vor einem Monat hat sich die achtzehnjährige Samija mit einem Strick erhängt, weil sie an einen sechzig Jahre alten Mann verkauft werden sollte. Eine andere Frau namens Bibi Gul hat sich in einem Stall eingeschlossen und verbrannt. Ihre Familie fand von ihr nur noch ihre Knochen.

Die Studie der Regierungsbehörde „Afghanistan Independent Human Rights Commission“ weist eine deutliche Zunahme von berichteten Fällen auf: Danach gab es in der Provinz Farah vor zwei Jahren 15 Fälle von Selbstverbrennungen von Frauen. Diese Zahl ist allein in den ersten sechs Monaten des Jahres 2006 auf 36 hochgeschossen. In der Provinz Kandahar wurden vor zwei Jahren 74 Fälle verzeichnet, dagegen 77

Fälle in den ersten sechs Monaten des vergangenen Jahres. Die wirklichen Zahlen sind noch viel höher.

Nach einer Studie von UNIFEM betrachten 65 Prozent der 50.000 Witwen in Kabul den Suizid als einzige Möglichkeit, ihrem Elend zu entkommen. UNIFEM schätzt, dass mindestens eine von drei afghanischen Frauen geschlagen, zu Sex gezwungen oder auf andere Weise misshandelt wurde.

Gruppenvergewaltigungen junger Mädchen und Frauen durch Warlords der Nordallianz finden nach wie vor gerade in den Nordprovinzen Afghanistans statt. Es ist immer wieder zu Massenprotesten dagegen gekommen, aber niemand schert sich um den Schmerz und die Tränen der Menschen. Nur wenige Vergewaltigungsfälle landen in den Medien. Ein schockierender Fall war der der elfjährigen Sanobar, der einzigen Tochter einer unglücklichen Witwe, die entführt, vergewaltigt und dann von einem Warlord gegen einen Hund getauscht wurde. In einem Land, wo Würde keinen Preis hat, kann der bösartige Vergewaltiger eines armen Mädchens immer noch den Landrat spielen.

Die Taliban betreiben weiterhin ihren Faschismus in den östlichen Gegenden Afghanistans, wo die Regierung keine Kontrolle hat. Sie veranstalten öffentliche Hinrichtungen und Entführungen. Als vor einigen Tagen ein italienischer Journalist und sein afghanischer Dolmetscher und Fahrer entführt wurden, schloss die afghanische Regierung einen Handel ab: Sie entließ fünf Talibanführer aus dem Gefängnis und bekam da-

für den italienischen Journalisten frei. Aber niemand kümmerte sich um das Schicksal der zwei unschuldigen Afghanan. Beide wurden von den Taliban geköpft.

Kriegsverbrecher amnestieren sich

Ein Bericht von „Human Rights Watch“ über Kriegsverbrecher in Afghanistan und das Hängen Saddam Husseins hat vielen afghanischen Verbrechern Angst gemacht, und jetzt versuchen sie, jede Strafverfolgung zu unterbinden. Vergangenen Monat haben die Parlamentskriegsherren im Namen der „nationalen Versöhnung“ ein Gesetz verabschiedet, wonach gegen niemand wegen Kriegsverbrechen in den vergangenen 25 Jahren Klage erhoben und niemand strafrechtlich verfolgt werden darf.

Ein paar Parlamentarier haben zusammen mit mir die Stimme dagegen erhoben, aber mit ihren 80 Prozent an Parlamentssitzen konnten die fundamentalistischen Kriegsherren das Gesetz ohne weiteres durchbringen. Mit diesem Gesetz ist faktisch allen Verbrechern Amnestie gewährt worden.

Für die afghanischen Menschen, die in den vergangenen drei Jahrzehnten so gelitten haben, ist dieses Gesetz ein Schlag ins Gesicht. Nach einer Untersuchung der unabhängigen afghanischen „Human Rights Commission“ sind über 80 Prozent der Afghanen für eine Strafverfolgung derjenigen, die für die vergangenen Verbrechen und Grausamkeiten verantwortlich sind, und sie halten das für die einzige Möglichkeit, wenn Afghanistan eine bessere Zukunft

Dschoja Malalai für Friedenspreis vorgeschlagen

Am 6. September veröffentlichte das Europäische Parlament die Übersicht der bis dahin vorliegenden Liste der Kandidaten für den Sacharov-Preis für geistige Freiheit 2007. Eine Kandidatin darauf ist Dschoja Malalai, vorgeschlagen u.a. von den Europa-Abgeordneten der Linkspartei, André Brie und Tobias Pflüger, sowie von Vittorio Agnolotto im Namen der GUE/NGL-Fraktion im Europaparlament. Hier die dem Vorschlag beiliegenden Angaben zu Dschoja Malalai. rül

Ihr Leben

Die 30-jährige Malalai Dschoja – Tochter eines früheren Medizinstudenten, der im Kampf gegen die sowjetische Invasion Afghanistans einen Fuß verlor – war vier Jahre alt, als ihre Familie 1982 in die Flüchtlingslager im Iran und später in Pakistan floh. Sie beendete ihre Ausbildung in Pakistan und begann mit 19 Jahren, Alphabetisierungskurse für andere Frauen zu geben. Nach dem Ab-

zug der Sowjets kehrte Malalai Dschoja 1998 während der Talibanherrschaft nach Afghanistan zurück. Sie gründete in dieser Zeit ein Waisenhaus und eine Klinik und wurde bald zu einer offenen Gegnerin der Taliban.

Malalai Dschoja ist in vielen Bereichen verantwortlich tätig: an Schulen, an einer Computerschule, bei Alphabetisierungskursen für Frauen, an einer Klinik in ihrer Provinz Farah. Obwohl sie mit einer großen Zahl von Stimmen in ihrer Provinz Parlamentsabgeordnete wurde, setzt sie ihre soziale Arbeit fort und leitet in ihrer Gegend eine NRO namens „OPAWC“ (Organization for Promoting Afghan Women’s Capabilities – Organisation zur Förderung der Fähigkeiten afghanischer Frauen).

Mitglied der afghanischen „Loja Dschirga“ und des afghanischen Parlaments

Im Dezember 2003 machte Malalai Dschoja international auf sich aufmerksam, als sie als gewählte Abgeordnete der Loja Dschirga, die zur Ratifizierung der afghanischen Verfassung einberufen wurde, öffentlich die, wie sie es nannte, beherrschende Stellung der Kriegsherren anprangerte. Daraufhin

bezeichnete sie der Vorsitzende der Loja Dschirga, Sibghatullah Mudschadidi, als „Ungläubige“ und „Kriminelle“. Seitdem ist sie vier Mordversuchen entgangen und bewegt sich in Afghanistan nur mit einer Burka und bewaffneten Leibwächtern. Das „World Pulse Magazine“ (Ausgabe 1, 2005) schrieb Folgendes:

„... Als sie an der Reihe war, ihre dreiminütige Erklärung abzugeben, zog sie sich ihr schwarzes Kopftuch über die Haare, ging ans Mikrofon und hielt dann wie elektrisiert jene emotionale Rede, die ihr Leben verändern würde. Nachdem sie geendet hatte, herrschte zunächst erstautes Schweigen. Dann kam es zu Tumulten. Männliche Mudschahedin, einige von ihnen buchstäblich bewaffnet, stürmten schreiend auf sie los. Sie wurde unter den Schutz der UN-Sicherheitskräfte gestellt.

In einer Nation, in der nur wenige das Wort „Kriegsherr“ laut auszusprechen wagen, wandte sich Dschoja vehement gegen einen Vorschlag, hohe Geistliche und führende Fundamentalisten mit der Leitung von Arbeitsgruppen zu beauftragen. Sie machte geltend, dass viele dieser religiösen Führer Kriegsver-

erleben soll. Selbst Herr Karsai hat dieses abscheuliche Gesetz unterzeichnet, das als Witz und Schmähung all der Millionen Afghanen gesehen wird, die gelitten und ihre Angehörigen verloren haben, und die auf den Tag der Gerechtigkeit warten. Nun haben sich die Killer ihre eigenen Verbrechen vergeben und leben ohne Furcht weiter. Solche Gesetze billigen ganz offiziell weitere Brutalitäten und Verletzungen der Menschenrechte gegenüber unserem schutzlosen Volk.

Die Geschichte des Wiederaufbaus Afghanistans ist schmerzlich: Nach fünf Jahren können sie kein einziges ernsthaftes Wiederaufbauprojekt sehen. Milliarden Dollars an Hilfsgeldern wurden von den Kriegsherren geplündert, von korrupten NGOs, den UN und den Regierungsbeamten. Afghanistan steht auf dem UN-Human-Development-Index mit 177 Ländern immer noch auf Platz 175, und die Arbeitslosenrate liegt über 40 Prozent.

Die so genannte Redefreiheit in Afghanistan ist ein weiterer Witz auf Kosten unseres Volkes. Lassen Sie mich meine eigenen jüngsten Erfahrungen schildern: Anfang Februar dieses Jahres, während der Verabschiedung dieses scheußlichen Amnestiegesetzes für Kriegsverbrecher im Parlament, führte ein lokaler Fernsehsender ein Interview mit mir; außerdem mit ein paar anderen Leuten einschließlich Sajjaf, der ein gesuchter Kriegsverbrecher und Parlamentsmitglied ist.

Der Fernsehsender bewarb das Programm etliche Male mit Auszügen aus

meinem Interview. Danach rief Sajjaf höchstpersönlich den Sender an und drohte, wenn Dschojas Interview gezeigt werde, könnte das gefährliche Folgen für den Intendanten haben. Also griffen sie zur Zensur und schlossen mich aus dem Programm aus. Und das ist nicht das erste Mal, dass ich in den Medien censiert wurde. Viele Journalisten sind zu verängstigt, um meine Kommentare zu senden.

Im letzten Jahr haben die Vereinten Nationen erklärt, Afghanistan könne unter der US-Besatzung zu einem echten „Narco-State“, einem Drogenstaat werden. Heute bezweifelt niemand, dass es zu einem Mafiastaat geworden ist angesichts der Tatsache, dass hier 92 Prozent des weltweiten Opiums produziert werden. Hochrangige Beamte wie Minister und stellvertretende Minister haben Verbindungen zur Drogenmafia. Und all das geschieht direkt unter der Nase Tausender von ausländischen Truppen.

In Afghanistan existiert ein Mafiasystem. Der von den USA unterstützte Präsident Karsai und seine verwestlichen Intellektuellen machen gemeinsame Sache mit den Fundamentalisten jeder Schattierung, um dieses Mafiasystem unserem Volk aufzuzwingen. Das ist der Hauptgrund für die heutigen Probleme, für den Stillstand in Afghanistan. Diejenigen, die Gerechtigkeit fordern, werden mit dem Tode bedroht.

Meine Stimme wird immer unterdrückt, selbst im Parlament, und einmal wurde ich physisch von einem gegenüber den Kriegsherren und Drogenba-

ronen loyalen Parlamentsmitglied angegriffen, nur weil ich die Wahrheit gesagt hatte. Einer rief sogar: „Hure, holt sie euch und vergewaltigt sie!“ Obwohl ich Gewehre hasse, muss ich ständig unter dem Schutz bewaffneter Aufpasser leben, wenn ich überleben will.

Präsident Hamid Karsai beruft die verbrecherischen Warlords in hohe Ämter, statt sich auf das Volk zu stützen und diese Kriminellen vor Gericht zu stellen. Auf Grund seiner Politik, die das Verbrechen fördert, hassen die Menschen in Afghanistan ihn als jemanden, der mitverantwortlich ist für die derzeitige Katastrophe. Selbst die CIA hat in ihrem kürzlich veröffentlichten Bericht zugegeben, dass er die Unterstützung der Menschen verloren und keine Kontrolle außerhalb Kabuls hat.

Die afghanische Regierung ist die korrupteste und unpopulärste der Welt. In einer Umfrage von „Integrity Watch Afghanistan“ vom März 2007 zeigte sich, dass über 60 Prozent der Afghanen denken, dass die derzeitige Regierung korrupter ist als all die Vorgängerregierungen der letzten zwei Jahrzehnte.

Wegen dieser tragischen Lage ist die Rückkehr nach Afghanistan nach wie vor nicht sehr attraktiv für die vier Millionen afghanischen Flüchtlinge im Iran und in Pakistan, und viele versuchen immer noch, aus dem Land zu fliehen.

„Es ist längst bewiesen, dass keine Nation einer anderen Nation die Befreiung spenden kann“

Liebe Freunde, im Jahr 2001 verkündete die US-Regierung, sie habe von den

nommen werden sollen.

Am 21. Mai 2007 wurde die 30-jährige Malalai Dschoja vom afghanischen Parlament ausgeschlossen, nachdem sie in einem Fernsehinterview erneut die im Parlament vertretenen Kriegsverbrecher beim Namen genannt hatte. Darüber hinaus ordnete das Innenministerium an, dass sie sich nur noch innerhalb des Landes bewegen darf, was bedeutet, dass sie Afghanistan nicht verlassen darf. Dies ist eine grobe Verletzung der Meinungsfreiheit.

Am 21. Juni 2007, einen Monat nach ihrem Parlamentsausschluss, organisierten Anhänger von Dschoja einen internationalen Aktionstag. In Rom, New York, Barcelona, Mailand, Alberta, Bologna, Viareggio, Vancouver, Melbourne und einigen weiteren Städten wurde gegen die afghanische Regierung protestiert und gefordert, Dschoja wieder in das Parlament aufzunehmen.

Sie sagt immer: „Sie werden mich töten, aber nicht meine Stimme, denn es wird die Stimme aller afghanischen Frauen sein. Eine Blume kann man ausreißen, doch den Frühling kann man nicht aufhalten.“



brecher seien, die für ihre Taten verurteilt werden müssten – und nicht Volkshelden, die die neue Regierung beeinflussen sollten.“

Ihre umstrittene Haltung gegenüber

anderen Mitgliedern der Loja Dschoriga verhalf Dschoja zu großer Popularität, brachte ihr jedoch auch heftige Kritik von ihren politischen Gegnern ein.

Dschoja wurde im September 2005 als Vertreterin der Provinz Farah in die 249 Sitze zählende Nationalversammlung oder „Wolesi Dschoriga“ gewählt. Sie erhielt die zweithöchste Stimmenzahl in der Provinz.

Am 7. Mai 2006 wurde Malalai Dschoja von anderen Parlamentsabgeordneten körperlich und verbal angegriffen, nachdem sie mehreren Kollegen vorgeworfen hatte, „Kriegsherren“ zu sein und sich für eine Tätigkeit in der neuen afghanischen Regierung nicht zu eignen. Obwohl Dschoja zahlreiche Morddrohungen erhält und Bombenanschläge auf ihr Haus verübt werden, hält sie weiter an ihrer Position fest, dass keine früheren Mudschahedin in die afghanischen Regierungen aufge-

Fehlern der Vergangenheit gelernt und werde die afghanischen Fundamentalisten nicht mehr unterstützen. Die qualvolle Wahrheit ist jedoch, dass die USA denselben Fehler wiederholen. Sie unterstützen die Fundamentalisten großzügiger denn je.

Abgesehen von der Unterstützung für die Bande der Nordallianz gibt es verdeckte Bestrebungen, Vertreter der Taliban und Gulbuddin Hekmatyar in die Regierung zu holen. Gulbuddin Hekmatyar steht auf der US-Liste der meistgesuchten Terroristen, und doch durfte seine Partei 34 Mitglieder in das afghanische Parlament schicken, das durch eine undemokratische und zudem betrügerische Wahl zustande gekommen ist. Ich habe etliche Male erklärt, dass die US-Regierung kein Problem hat, mit proamerikanischen Terroristen zusammenzuarbeiten, und nur etwas gegen anti-amerikanische Terroristen hat. Das ist der Grund dafür, dass unser Volk sich über den „Krieg gegen Terror“ lustig macht.

Ich stimme absolut mit Kathy Gannon überein, einer Expertin in Afghanistanfragen, dass „die USA kein Interesse an einem Frieden in Afghanistan haben. Menschen, die Tausende getötet haben, die die Schirmherrschaft über das Drogengeschäft übernommen haben, sind mit der Führung des Landes betraut worden.“

Liebe Freunde, die USA interessieren das Leiden und die verheerenden Lebensbedingungen unseres Volks nicht; es liegt in den strategischen und wirtschaftlichen Interessen der USA, unser Volk so lange wie möglich all der Gefahr auszusetzen. Deshalb betrachtet unser Volk die USA nicht als „Befreier“ unseres Landes. Die USA sind in Afghanistan im Namen von Menschenrecht und Demokratie einmarschiert. Heute jedoch sind wir von diesen Werten genauso weit entfernt wie vor fünf Jahren. Stattdessen hat sich die Zahl der seit 2001 im „Krieg gegen den Terror“ getöteten unschuldigen Zivilisten verfünffacht im Vergleich zu der Zahl derjenigen, die in der Tragödie vom 11. September umkamen.

Ich hoffe, Sie haben durch den kleinen Geschmack, den ich Ihnen von den Problemen meines Landes gegeben habe, verstehen können, dass mein Land immer noch Gefangener blutiger und terroristischer Fundamentalisten ist. Die Lage in Afghanistan und die Lebensbe-

dingungen der vom Unglück geschlagenen Frauen werden sich niemals bessern, solange die Warlords nicht entwaffnet und die US-freundlichen wie die US-feindlichen Terroristen von der politischen Bühne Afghanistan verbannt werden.

Es ist klar und längst bewiesen, dass keine Nation einer anderen Nation die Befreiung spenden kann. Befreiung ist kein Geld, das gespendet werden kann; sie muss von den Menschen des Landes selbst erreicht werden. Was in Afghanistan und im Irak geschieht, bestätigt das. Menschen anderer Länder können

helfen. Ich bin mir der Härten, der Herausforderungen und der Gefahr, von antidemokratischen Kräften umgebracht zu werden, bewusst. Aber ich vertraue meinem Volk und genieße seine volle Unterstützung und Ermutigung. Die Feinde meines Volks haben Waffen, politische Macht und die Unterstützung der USA-Regierung, mich zu unterdrücken. Aber sie können meine Stimme niemals zum Schweigen bringen und die Wahrheit verbergen. Ich bin stolz darauf, ein Licht der Hoffnung für meine Landsleute zu sein und genieße ihre starke Unterstützung bei meiner Mission für Demokratie und Freiheit.

Auch Ihre Solidarität und Unterstützung hier geben mir mehr Kraft und stärken meine Entschlossenheit, gegen die Feinde der Demokratie und Menschlichkeit in meinem zerstörten Afghanistan zu kämpfen. Sie können mir durch moralische Unterstützung und ihre großzügigen Spenden helfen, damit ich weitermachen kann mit meiner Arbeit für die verzweifelten und sorgenvollen Frauen in Afghanistan.

Die Fundamentalisten zählen die Tage, mich umzubringen. Aber ich glaube an den edlen Spruch des friedliebenden iranischen Schriftstellers Samad Behrang: „Der Tod kann mich jetzt sehr leicht holen, doch solange ich leben kann, darf ich mich nicht von selbst in seine Arme stürzen. Sollte ich ihm jedoch eines Tages begegnen, was ganz bestimmt der Fall sein wird, dann ist es nicht wichtig. Wichtig allein ist, welchen Wert mein Leben oder mein Tod für das Leben hat ...“

Danke.

13.04.2007 – ZNet. Originalartikel: The US has Returned Fundamentalism to Afghanistan, Übersetzt von: Rosemarie Nünning, Quelle: <http://zmag.de> – Zwischenüberschriften von der Redaktion PB

Rede von Chris Capps, Irak-Veteran der USA-Armee bei der Einweihung des Deserteursdenkmals in Stuttgart am 30. August

„Ich ehre und achte den Entschluss dieser Männer, sich zu weigern“

Hallo, ich heiße Chris Capps. Ich bin Irak-Veteran der US-Armee. Ich bin heute hier, um mit Ihnen über die Frage der Fahnenflucht zu sprechen, und warum diese Frage heute immer noch relevant ist.

Ende letzten Jahres kehrte ich aus



uns lediglich eine helfende Hand reichen und uns unterstützen.

Ich denke, dass die Menschen der USA eine wirklich wichtige Rolle spielen können, indem sie auf ihre politischen Entscheidungsträger Druck ausüben, ihre falsche Politik in Afghanistan zu beenden und den Wunsch unseres Volks zu respektieren. Ich sollte noch hinzufügen, dass das US-amerikanische Volk im Gegensatz zu seiner Regierung großartig ist, mitfühlend und friedensliebend, weshalb die demokratisch gesinnten Menschen in Afghanistan auf Ihre Unterstützung und Solidarität setzen können.

Die Menschen in den USA müssen den armen Menschen in Afghanistan und den demokratisch gesinnten Individuen und Gruppierungen helfen, die im Moment noch geschlagen sind und unter großem Druck stehen. Das ist die einzige richtige Politik, die dem afghanischen Volk helfen kann und eine bessere Zukunft für uns eröffnet. Anders als die US-Regierung müssen die wahren Freunde des afghanischen Volks auf die Stimmen unserer Männer und Frauen hören, die Gerechtigkeit fordern; sie müssen verstehen, dass die Existenz jeglicher Art von fundamentalistischen Gruppen als politische und militärische Kräfte der Hauptgrund für all die Probleme in Afghanistan sind. Sie müssen wissen, dass der Schlüssel für all die Katastrophen, die wir heute erleben, darin lag, der Nordallianz zur Macht zu ver-

dem Irak nach Darmstadt zurück. Ich erfuhr bald, dass ich zu einer Einheit in Mannheim versetzt werden sollte, die demnächst nach Afghanistan geschickt würde. Ich war nicht der Einzige aus der Darmstädter Einheit, der in eine andere Einheit kommen sollte, die bald in den Einsatz sollte, sondern das war bei den Meisten der Fall, da diese Einheit aufgelöst werden sollte.

Ich hatte Probleme mit der Ethik dessen, was ich im Irak gesehen hatte, mit der offensichtlichen Absurdität, der Korruption und der Kriegsgewinnlerei, deren Folgen ich täglich sehen konnte. Ich wusste auch von der Armut, dem Tod, der Hoffnungslosigkeit, der Gewalt und der Folter, von denen ich häufig hörte, die sich außerhalb der sicheren Mauern unseres Lagers Camp Victory, abspielten. Ich wusste, dass die Gründe, die man den US-Soldaten und der amerikanischen Öffentlichkeit als Rechtfertigung für die Invasion des Irak vorgegeben hatte, sich als unwahr herausgestellt hatten. Ich wusste, dass die angeblichen Gründe für das Fortsetzen der Besetzung des Irak unwahre Propaganda waren. Ich wusste, dass Menschen, die im Irak zufällig von den Straßen abgeholt wurden und in Gewahrsamseinrichtungen landeten, gefoltert wurden, um sie geistig zu brechen. Ich wusste von den Gesetzen in der Heimat, wonach die breite Masse der Bevölkerung ohne jeden Verdacht oder Vergehen ausspioniert werden kann. Ich wusste, dass man die Verfassung, die ich als Soldat geschworen hatte, zu verteidigen, von der US-Regierung täglich mit Füßen getreten wurde. Und ich wusste schließlich, dass diese gleiche Regierung mich als Kriegsteilnehmer in einem weitern Land einsetzen wollte, gegen dessen Menschen ich nichts hatte, wobei ich zum Mittäter dieses Lügengebildes würde.

Ich wusste, dass ich nicht nach Afghanistan wollte. Ich hatte ein Gespräch mit einem Mann, der aus der Armee herausgekommen war, bevor er in den Irak eingesetzt wurde. Er sagte mir, dass ich eine gute Chance hätte, aus der Armee herauszukommen, wenn ich mich nur lange genug von der Truppe entferne und mich dann an einer von zwei bestimmten Kasernen in Amerika stellen würde. Hier unterscheidet sich meine Geschichte von denjenigen tapferen jungen Deutschen, die sich geweigert haben, am Zweiten Weltkrieg teilzunehmen.

Als Soldat hatte auch ich immer das Gefühl, man muss entweder seine Pflicht tun muss oder man landet im Gefängnis, daher war das, was der Kamerad mir gesagt hatte, etwas völlig Neues. So habe ich weiterer nachgeforscht



Agustín Aguayo, US-Verweigerer erhält den Stuttgarter Friedenspreis

und erfahren, dass das stimmte, was er mir gesagt hatte, es war wirklich möglich, aus der Armee herauszukommen, ohne nach Afghanistan zu gehen. Ich hatte Heimurlaub und kehrte dann nicht in die Kaserne zurück. Zwei Monate später stellte ich mich dann in Fort Sill/Oklahoma und wurde nach drei Tagen aus der Armee entlassen.

Diese Leute, die im Zweiten Weltkrieg von der Wehrmacht desertierten, hatten wahrscheinlich gehört, dass es so was wie KZs gab, sie fühlten sich wahrscheinlich auch wie Angreifer und Besatzer wegen ihrer Teilnahme am Krieg, sie waren wahrscheinlich auch nicht damit einverstanden, wie sich Deutschland mit der Machtergreifung durch die Nazis verwandelt hatte.

In dieser Hinsicht fühle ich schon eine gewisse Ähnlichkeit mit diesen Männern. Andererseits: Als ich mich entschied, nicht mehr mitzumachen, musste ich keine Angst haben, im KZ zu landen, in einer Strafeinheit, einer so genannten „Himmelfahrtskommandoeinheit“, zurück in den Krieg geschickt zu werden oder auch hingerichtet zu werden – das war das Schicksal tausender dieser jungen Männer.

Ich wusste, was ich tat. Ich riskierte schlimmstenfalls einige Monate Knast und stattdessen entging ich 15 Monate Afghanistan, was schlimmer ist, als ein Paar Monate Knast.

Es ist für mich eine Ehre, heute bei der Einweihung dieses Denkmals sprechen zu dürfen. Ich ehre und achte den Entschluss dieser Männer, sich zu weigern, für eine Sache zu kämpfen, die sie als ungerecht, empfanden und ich weigere mich, die unmoralische Besetzung fremder Länder zu unterstützen und an ihnen teilzunehmen. Besetzungen, die der

Welt und der Menschheit überhaupt keinen Vorteil bringen.

(entnommen aus: Kommunale Berichte Stuttgart, Nr. 20/07)

Naher Osten: „Kreisel des Irrsins“

Das Nahost-Forum e.V. wurde 1996 von Mitgliedern des Verbandes für Internationale Politik und Völkerrecht, Berlin, gegründet. Jetzt publiziert es in Kooperation mit dem VIP, erstmalig eine Publikation zu dem „brisantesten Krisenherd der Welt, der sich am Abgrund eines sicherheitspolitischen Desasters“, befindet, wie Heinz Knobbe (Vorsitzender des Forums) im Vorwort schreibt. Die Beiträge der sechs Autoren dieses Heftes, belegen, dass die Lage im Irak immer mehr außer Kontrolle gerät; die Gefahr einer militärischen Auseinandersetzung mit dem Iran um dessen Nuklearprogramm immer noch nicht gebannt ist; dass beim Kernproblem im Nahen Osten, den ständigen Konflikten zwischen Israel und den Palästinensern kaum Fortschritte gibt. Hinzukommen die Probleme zwischen Fatah und Hamas. Auch die Spannungen zwischen Syrien und Libanon sind eng miteinander verschlungen. Trotzdem setzt Bush weiterhin auf Aufrüstung von Staaten dieser Region, die von strategischer Bedeutung für die USA sind. So sollen Israel, Saudi-Arabien und Ägypten in den nächsten zehn Jahren militärische Hilfe in Höhe von 63 Mrd. Dollar erhalten. Der amerikanische Militärexperte Robert Scheer disqualifizierte diese Politik als einen „Kreisel des Irrsinns“.

Ein Kolloquium zum Thema „Chancen und Herausforderungen für eine Internationale Nahostfriedenskonferenz“ am 5. Mai 2007 des Nahost-Forums behandelte Aspekte, die die Vielseitigkeit des Problems sichtbar machten. Im vorliegenden Heft werden grundsätzliche Beiträge von Heinz-Dieter Winter, Karin Kulow, Arne C. Seifert, Heinz Knobbe, Jürgen Hellner (Berlin/Hamburg) und Hans Voß zur Lage im Nahen Osten (z.T.) erstmalig publiziert. Eine Widerspiegelung der Aktivitäten des Forums. Es verabschiedete einen Appell an die deutsche Zivilgesellschaft mit der Forderung, endlich Initiativen zur Einberufung einer Nahost-Friedenskonferenz zu entwickeln.

Franz-Karl Hitze

Anthologie: Naher Osten 2007 in: Schriften zur internationalen Politik, Heft 15, Hrsg.: Verband für Internationale Politik und Völkerrecht e.V. (VIP), Selbstverlag, Berlin 2007/ brosch., 88 Seiten. Zu beziehen über: VIP Wilhelmstr. 50, 10117 Berlin, E-Mail: VorstandVIP@aol.com, Unkostenbeitrag: 3 Euro + Porto

4./5. Oktober. Berlin. Konferenz: *Terrorismusbekämpfung und Menschenrechtsschutz*. Veranstalter: ai, Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein e.V. (RAV, European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR), Holtfort-Stiftung. Noch sechs Jahre nach den Anschlägen vom 11. September 2001 in New York ist die Innenpolitik der europäischen Regierungen vom Paradigma der Terrorismusbekämpfung dominiert. In dem zeitlich und regional unbegrenzten „Krieg gegen den Terror“ verschwimmen die Grenzen zwischen Polizei- und Strafrecht, als klassischen Gebieten der Innenpolitik, und militärischen Einsätzen, traditionell Maßnahmen der Kriegs- und Außenpolitik. Menschenrechte werden dabei immer wieder verletzt. Die Veranstalter wollen die jüngsten Entwicklungen im Bereich des „Kampfes gegen den Terror“ thematisieren und die Menschenrechtsverstöße in diesem Bereich benennen und diskutieren. Anmeldungen erforderlich in der Geschäftsstelle des RAV: RAveV@t-online.de, Tel: 030 41723555, Fax: 030 41723557.

Freitag, 12. Oktober, Fulda. 17 Uhr. Arbeitsausschuss Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften: Vorbereitung der Konferenz am 2. Dezember.

18. bis 21. Oktober. Cottbus. 2. Sozialforum. Für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Natur. Das Sozialforum in Deutschland ist Teil des Weltsozialforums und arbeitet auf der Grundlage der Charta von Porto Alegre. Näheres: www.sozialforum2007.de.

19. Oktober Lübeck. *Wohnungs(bau)genossenschaften in Zeiten des Privatisierungswahns*. Konferenz der Bundesfraktion der Linkspartei. Beginn 10.30. Näheres: <http://dokumente.linksfraktion.net/pdfdownloads/7739113275.pdf>

20./21. Oktober. Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen. Landesparteitage Die Linke.

26 bis 28. Oktober. Hamburg. SPD-Bundesparteitag. Vorstandswahlen und Beschluss über ein neues Programm.

2. bis 4. November. Hamburg. Energiepolitische Konferenz der Fraktion der Linkspartei im Bundestag.

4. bis 10. November. Leipzig. 21. ord. Gewerkschaftstag der IG Metall mit Vorstandswahlen.

7. bis 9. November. Potsdam. *Bundestagung der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V.: Ist soziale Integration noch möglich? Die Wohnungslosenhilfe in Zeiten gesellschaftlicher Spaltung*. Nähere Info: www.bagw.de.

9./10. November. Hannover. Öffentlich! Weil's wichtig für alle ist. Bundesweite Konferenz der Partei und Bundestagsfraktion Die Linke. Hannover Congress Centrum (HCC), Theodor-Heuss-Platz. Die „Verteidigung des Öffentlichen“, d.h. der politische Einsatz für den Erhalt, die Stabilisierung und Ausweitung der öffentlichen Einrichtungen und Unternehmen, insbesondere derjenigen, die zur Sicherung der Daseinsvorsorge und sozialen Teilhabe notwendig sind, gegen Privatisierungsbestrebungen; der politische Einsatz für die sachgerechte, problemlösungsorientierte (Um-)Gestaltung der öffentlichen Einrichtungen und Unternehmen; das Herstellen von Transparenz und demokratisch legitimierter Steuerung der öffentlichen Unternehmen und Einrichtungen; der politische Ausgleich zwischen den Interessen der Nutzerinnen und Nutzer öffentlicher Einrichtungen/Dienstleistungen, den Beschäftigten und der Allgemeinheit; gehört zu den zentralen politischen Schwerpunkten der Linken. Das Öffentliche, die Aufgaben und die Struktur des Staates, des Gemeinwesens steht im Mittelpunkt linker Politik.

23. bis 25. November. Hamburg. 1. Bildungspolitische Konferenz der Partei Die Linke.

23. bis 25. November. Nürnberg. Bündnis 90/Die Grünen, Bundesdelegiertenkonferenz.

23. bis 25. November. Prag. II. Kongress der Europäischen Linkspartei.

24. November. Berlin. Beratung der BundesAG Kommunalpolitik der Partei Die Linken.

2. Dezember. Frankfurt. Mitgliederversammlung des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, siehe Einladung auf Seite 18.

2. bis 4. Dezember. Hannover. CDU: 21. Parteitag (Verabschiedung des neuen Grundsatzprogramms)

13. Januar. Berlin. Liebknecht-Luxemburg-Gedenken.

21. Mai 2008. Osnabrück. 97. Deutscher Katholikentag.

24./25. Mai. Ort noch offen. 1. Parteitag der Partei Die Linke.

Vorschau auf Wahlen

Jahr	Monat	Wo?	Was?	Termin	Wahlperiode
2008	Januar	Hessen	Landtag	27.1.	5 Jahre
	Januar	Niedersachsen	Landtag	27.1.	5 Jahre
	Febr.	Hamburg	Land/Kom.	24.2.	4 Jahre
	März	Bayern	Kommunal	2.3.	6 Jahre
	Mai	Schleswig-Holstein	Kommunal	25.5.	5 Jahre
	Sept.	Bayern	Landtag	28.9.	5 Jahre
	Herbst	Brandenburg	Kommunal		5 Jahre
2009	Mai	Bundesversamml.	Bundespräs	23.5.	5 Jahre
	Frühj.	EU	Euro. Parl.		5 Jahre
	Frühj.	Baden-Württemb.	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Mecklenb.-Vorp.	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Rheinland-Pfalz	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Sachsen	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Sachsen-Anhalt	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Thüringen	Land/Kom.		5 Jahre
	Herbst	Bund	Bundestag		4 Jahre
	Herbst	Brandenburg	Landtag		5 Jahre
	Herbst	NRW	Kommunal		5 Jahre
	Herbst	Saarland	Landtag		5 Jahre
	Herbst	Sachsen	Landtag		5 Jahre

Quelle: www.bundestag.de/parlament/wahlen/wahltermine.html